Dekret zur Approbation der Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen

Auf Initiative der Steuerungsgruppe des Projekts „Mut zum Hinsehen“ und im Auftrag des Generalvikars wurde die Erarbeitung einer Interventionsordnung für die Diözese Bozen-Brixen in Auftrag gegeben.
Die inhaltliche und redaktionelle Ausarbeitung erfolgte unter Federführung der Kanzlei Lau-Litzka-Pusch aus München in Zusammenarbeit mit vier von sexueller Gewalt im Verantwortungsbereich der Kirche betroffenen Personen. In den finalen Text wurden die Rückmeldungen der Steuerungsgruppe des Projektes „Mut zum Hinsehen“ sowie die Rückmeldungen des Generalvikars, des Kanzlers und von mir als Bischof eingearbeitet.
Kraft meines Amtes als Diözesanbischof

approbiere ich mit gegenwärtigem Dekret die Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen,

die als Anlage integrierenden Bestandteil des vorliegenden Dekretes bildet, und setze sie mit Wirkung vom 1. August 2026 in Kraft.
Dieses Dekret und die gesamte Interventionsordnung soll im Folium Dioecesanum Bauzanense-Brixinense veröffentlicht werden.

Ivo Muser, Bischof von Bozen-Brixen

Bozen, am Gedenktag der hll. Marta, Maria und Lazarus, den 29. Juli 2026
Prot. Nr. 2026/328 II

Interventionsordnung der Diözese Bozen-Brixen

Vorbemerkung

Die Diözese Bozen-Brixen nimmt den Schutz der Würde und Integrität jedes Menschen als wesentlichen Bestandteil ihres kirchlichen Auftrags wahr. Insbesondere der Schutz von Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen vor sexualisierter sowie vor physischer und psychischer Gewalt ist eine zentrale Verpflichtung kirchlichen Handelns. Jede Form von Gewalt widerspricht in grundlegender Weise dem kirchlichen Selbstverständnis.

Die Diözese verfolgt daher unter anderem das Ziel, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen und zu gewährleisten, die geeignet sind, Gefährdungen frühzeitig zu erkennen, wirksam zu verhindern und angemessen auf Hinweise auf mögliche Übergriffe zu reagieren. Dabei gibt es eine strukturelle Trennung der Bereiche Prävention und Intervention, also der Vorbeugung von und der Reaktion auf Missbrauchs(verdachts)fälle – wobei beide Bereiche das gleiche vorrangige Ziel verfolgen, nämlich den Schutz von Betroffenen sowie die Vermeidung weiterer Straftaten.

Die Diözese Bozen-Brixen hat vor allem im Bereich der Prävention Maßnahmen in Verfolgung dieser Zielsetzung ergriffen. Neben den derzeit in der Fassung aus dem Jahr 2023 gültigen Leitlinien der Italienischen Bischofskonferenz zum Schutz Minderjähriger und schutzbedürftiger Personen (Linee guida per la tutela dei minori e degli adulti vulnerabili) hat der Bischof von Bozen-Brixen eine Rahmenordnung für den Diözesanen Dienst für den Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen (FDBB 2020, 273-294) approbiert. Darüber hinaus sind die im Zusammenhang mit Fällen sexuellen Missbrauchs praktizierten Standards in dem Rahmenkonzept für Prävention und Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch und anderen Formen von Gewalt sowie in den Richtlinien für die Verfahrensweise der Ombudsstelle zusammengefasst, die auf der Arbeitsebene erstellt wurden. Neben dem Diözesanen Dienst für den Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen, dem Diözesanbeauftragten und der Ombudsstelle verfügt die Diözese Bozen-Brixen über einen überwiegend mit externen Expertinnen und Experten besetzten Fachbeirat. Die im Rahmen der bisherigen Tätigkeit und insbesondere des Projekts „Mut zum Hinsehen“ gewonnenen Erfahrungen haben vor allem im Bereich der Intervention Optimierungsmöglichkeiten erkennbar werden lassen.

Die vorliegende Interventionsordnung ergänzt im Hinblick auf den Umgang mit Hinweisen auf sexuelle Übergriffe, sexuellen Missbrauch sowie sonstige Formen von Gewalt bereits bestehende kirchliche und diözesane Vorgaben. Sie schafft ein strukturiertes, transparentes und nachvollziehbares Verfahren, das sowohl den Schutz und die Unterstützung der betroffenen Personen als auch die Wahrung der Rechte der beschuldigten Personen gewährleistet. Ziel des Verfahrens ist eine unabhängige und sorgfältige Aufklärung des Sachverhalts sowie die Gewährleistung angemessener Maßnahmen.

Die Anwendung dieser Ordnung erfolgt in dem Bewusstsein, dass Verfahren im Zusammenhang mit Hinweisen auf Gewalt und Missbrauch eine besondere Sensibilität erfordern. Die Achtung der persönlichen Würde aller Beteiligten, ein verantwortungsvoller Umgang mit Informationen sowie eine sorgfältige Abwägung der betroffenen Interessen bilden die Grundlage sämtlicher Verfahrensschritte. Zugleich ist sicherzustellen, dass Hinweise ernst genommen, geprüft und – soweit erforderlich – geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit es dann zu konkreten Schritten kommt.

Dabei arbeitet die Diözese mit den zuständigen staatlichen Behörden sowie mit fachkundigen Einrichtungen und Netzwerken zusammen. Der fachliche Austausch mit anderen Diözesen sowie mit kirchlichen und nichtkirchlichen Institutionen dient der kontinuierlichen Weiterentwicklung dieser Regelungen.

Die Diözese versteht diese Interventionsordnung als Bestandteil eines fortlaufenden Prozesses der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung. Erkenntnisse aus der praktischen Anwendung sowie rechtliche und institutionelle Entwicklungen werden regelmäßig berücksichtigt, um die Wirksamkeit der Verfahren nachhaltig zu gewährleisten. Die sich aus dieser Interventionsordnung ergebenden Verfahrens- und Handlungsabläufe sind graphisch in Ablaufdiagrammen dargestellt, die als Anlagen integraler Bestandteil dieser Interventionsordnung sind.

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 – Zielsetzung und Verfahrensgrundlagen

(1) Diese Interventionsordnung regelt das Verfahren bei Meldungen sexueller Übergriffe, sexuellen Missbrauchs sowie sonstiger Formen von Gewalt, insbesondere physische und psychische Gewalt, im Verantwortungsbereich der Diözese Bozen-Brixen. Sie dient der Konkretisierung der einschlägigen kirchlichen und diözesanen Vorgaben und ist im Zusammenhang mit diesen auszulegen. Im Falle von Widersprüchen sind die Regelungen dieser Ordnung vorrangig, soweit nicht zwingendes universalkirchliches Recht entgegensteht.

(2) Für alle Maßnahmen auf der Grundlage dieser Ordnung gelten die Grundsätze der Vertraulichkeit, Fairness, Transparenz, Ergebnisoffenheit, zeitlichen Angemessenheit sowie der Schutz der betroffenen und der beschuldigten Person.

(3) Im Rahmen dieser Ordnung werden Sekundär-Betroffene den unmittelbar von ihrem Anwendungsbereich erfassten Gewalterfahrungen Betroffenen gleichgestellt.

Artikel 2 – Anwendungsbereich

(1) Diese Ordnung findet Anwendung auf alle Hinweise auf Sachverhalte im Sinne der CEI-Richtlinien (Linee guida per la tutela dei minori e degli adulti vulnerabili del 24 giugno 2019, Edizione aggiornata alla normativa vigente, Novembre 2023) und des Rahmenkonzepts der Diözese Bozen-Brixen, die sich im Verantwortungsbereich der Diözese Bozen-Brixen ereignen oder zuständigkeitshalber an diese verwiesen werden.

(2) Sie gilt für Kleriker der Diözese Bozen-Brixen, für Kleriker fremder Diözesen, für alle Mitglieder von anderen Inkardinationsverbänden sowie für Ordensangehörige, die im Auftrag der Diözese Bozen-Brixen oder in deren Gebiet, zum Beispiel bei Urlaubsvertretungen, tätig sind. Dies schließt insbesondere auch die Tätigkeit in inkorporierten Pfarreien ein. Für Kandidaten für das Weiheamt sowie für Laienmitarbeitende der Diözese Bozen-Brixen und der Pfarreien sowie für die in diesen Institutionen tätige Ehrenamtliche gilt diese ebenfalls. Das Verfahren wird auch bei verstorbenen Beschuldigten durchgeführt.

(3) Betrifft ein Sachverhalt einen Kleriker eines anderen Inkardinationsverbandes oder einen Ordensangehörigen, der auf dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen tätig ist, führt der Generalvikar, soweit kein Fall des Absatzes 4 vorliegt, das Verfahren als Tatortordinarius nach Maßgabe dieser Ordnung durch und informiert den Inkardinationsordinarius oder Ordensoberen zu Beginn und nach Abschluss des Verfahrens darüber in geeigneter Weise. Dies gilt auch, wenn sich die beschuldigte Person zufällig in dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen aufhält.

(4) Das Verfahren nach dieser Ordnung wird nur dann nicht durchgeführt, wenn die beschuldigte Person sich nur zufällig auf dem Gebiet der Diözese Bozen-Brixen aufhält und die Durchführung einer kirchlichen Voruntersuchung oder eines vergleichbaren Verfahrens durch den Wohnortordinarius oder die Ordensgemeinschaft den Interessen der betroffenen Person besser gerecht wird, was im Zweifel mit dieser abzustimmen ist. In diesen Fällen wird der Generalvikar den jeweiligen Ordinarius oder Ordensoberen entsprechend informieren und sich über den Fortgang des Verfahrens informieren. Die entsprechenden Schritte sind durch den Generalvikar zu dokumentieren.

(5) Unbeschadet der vorstehenden Regelungen wird der Generalvikar in jedem der sachlichen Zuständigkeit des Dikasteriums für die Glaubenslehre unterliegenden Fall eines Verdachts auf sexuellen Missbrauch, auch wenn nach universalkirchlichen Regelungen keine Zuständigkeit der Diözese Bozen-Brixen besteht und kein Verfahren nach dieser Ordnung durchgeführt wird, das Dikasterium für die Glaubenslehre über den Sachverhalt informieren.

B. Beteiligte Stellen und allgemeine Pflichten

Artikel 3 – Beteiligte Stellen

(1) An dem Verfahren sind die Ombudsstelle, die Interventionskommission sowie der Generalvikar beteiligt.

(2) Die Ombudsstelle ist die primäre Anlaufstelle für alle Meldungen und nimmt die Interessen der betroffenen Person wahr. Sie handelt unabhängig und ist in ihrer Tätigkeit ausschließlich dem Schutz der betroffenen Person verpflichtet. Die Ombudspersonen führen Gespräche mit der betroffenen Person, dokumentieren den Inhalt der Gespräche, klären über Rechte und Verfahrensabläufe auf und begleiten die betroffene Person im weiteren Verlauf des Verfahrens.

(3) Die Interventionskommission ist für die unabhängige Sachverhaltsaufklärung, die Bewertung des Sachverhalts sowie die Erstellung eines Abschlussberichts zuständig. Sie ist überhälftig mit externen fachkundigen Personen, darunter auch Missbrauchsbetroffenen besetzt.

(4) Der Generalvikar ist die vom Diözesanbischof beauftragte entscheidende Instanz und trifft die abschließende Entscheidung auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission. Er ist zudem für die Unterrichtung des Dikasteriums für die Glaubenslehre sowie Information anderer Inkardinationsverbände verantwortlich, soweit eine solche erforderlich ist.

(5) Dem Betroffenenbeirat ist die auf Grundlage des Berichts der Interventionskommission getroffene Entscheidung des Generalvikars vorzulegen. Der Betroffenenbeirat kann gegen dessen Entscheidung beim Generalvikar Beschwerde einlegen.

Artikel 4 – Allgemeine Pflichten der beteiligten Stellen

(1) Die beteiligten Stellen unterliegen hinsichtlich aller ihnen im Rahmen des Verfahrens bekannt gewordenen Umstände einer strengen Verschwiegenheitspflicht. Eine Weitergabe von Informationen ist nur zulässig, soweit gesetzliche oder kirchenrechtliche Verpflichtungen bestehen oder dies zur Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

(2) Alle am Verfahren beteiligten Personen sind verpflichtet, mögliche Interessenkonflikte oder Befangenheiten unverzüglich offenzulegen. Ob solche vorliegen, wird von den beteiligten Stellen ohne Mitwirkung der möglicherweise befangenen Person selbst bewertet. Besteht die beteiligte Stelle nur aus der Person, bei der ein möglicher Interessenskonflikt vorliegt, entscheidet deren Stellvertretung, in Ermangelung einer solchen der Diözesanbischof. Liegt ein Interessenkonflikt oder die Besorgnis der Befangenheit vor, nimmt die betreffende Person am weiteren Verfahren nicht teil.

(3) Die Verfahrensakten sind so zu führen und aufzubewahren, dass insbesondere eine unbefugte Kenntnisnahme ausgeschlossen ist. Im Übrigen sind die Akten gemäß den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Aktenführung zu führen. Zugriff auf die Unterlagen erhalten ausschließlich die jeweils mit der Sache befassten Personen.

Artikel 5 – Aufgaben und Pflichten der Ombudsstelle

(1) Die Ombudsstelle nimmt Hinweise auf dem Anwendungsbereich dieser Interventionsordnung unterliegenden Sachverhalte entgegen, führt die notwendigen Gespräche mit der betroffenen Person und begleitet diese während des gesamten Verfahrens. Sie informiert über Rechte, Verfahrensabläufe sowie bestehende Unterstützungsangebote und trägt dafür Sorge, dass die Belange der betroffenen Person angemessen berücksichtigt werden.

(2) Sie entscheidet nach eigenem Ermessen über etwa erforderliche Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Person nach näherer Maßgabe dieser Ordnung. Sie kann dem Generalvikar weitere vorläufige Unterstützungsmaßnahmen vorschlagen, wenn ihr die Sofortmaßnahmen bis zum Abschluss des Verfahrens als nicht ausreichend erscheinen. Hierüber entscheidet der Generalvikar entsprechend der Regelung in Art. 15 unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Wochen.

(3) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person fortlaufend über den Stand und den Verlauf des Verfahrens.

(4) Die Ombudsstelle gibt zum Abschlussbericht der Interventionskommission eine Stellungnahme ab und spricht spätestens zu diesem Zeitpunkt Empfehlungen für langfristige Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person aus.

Artikel 6 – Aufgaben und Pflichten der Interventionskommission

(1) Die Interventionskommission ist für die umfassende und unabhängige Aufklärung des Sachverhalts verantwortlich. Sie erarbeitet eine Handlungsempfehlung hinsichtlich Art, Umfang und Durchführung der erforderlichen Interventions- und Unterstützungsmaßnahmen. Sie besteht mindestens überhälftig aus externen fachkundigen Personen und wird von einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden geleitet, die oder der bei Entscheidungen ein einfaches Stimmrecht, jedoch kein Vetorecht hat. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn der/ die Vorsitzende oder deren jeweilige Stellvertretung sowie insgesamt mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden durch einfachen Mehrheitsbeschluss getroffen.
(2) Die Interventionskommission kann in jeder Phase des Verfahrens durch einfachen Mehrheitsbeschluss externe Dritte heranziehen und bzw. oder einzelne Mitglieder mit der Durchführung einzelner Tätigkeiten beauftragen.
(3) Die Interventionskommission kann zur Qualitätssicherung und Evaluation ihrer Tätigkeit externe Prüfer heranziehen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies verlangt.
(4) Die Bildung, Zusammensetzung und nähere Einzelheiten zur Arbeitsweise bleiben einer gesonderten Regelung vorbehalten. Diese Regelung erlässt der Generalvikar.

Artikel 7 – Generalvikar

(1) Der Generalvikar trifft die abschließende Entscheidung auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission sowie der Stellungnahme der Ombudsstelle. Zudem setzt er die Empfehlungen der Ombudsstelle hinsichtlich Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person um. Der Generalvikar kann die ihm nach dieser Ordnung obliegenden Aufgaben ganz oder teilweise an eine beauftragte Person übertragen, sofern nachstehend nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist und die Aufgaben zwingend dem Generalvikar vorbehalten bleiben müssen.
(2) Er trägt die Verantwortung für die Umsetzung der getroffenen Maßnahmen sowie für die ordnungsgemäße Dokumentation des Verfahrens.
(3) Er ist für die Kommunikation mit Leitungsverantwortlichen anderer Inkardinationsverbänden zuständig; diese Kommunikation stimmt er mit der Interventionskommission ab und legt sie dieser und der Ombudsstelle gegenüber offen.

C. Meldung und Erstintervention

Artikel 8 – Meldung

Die Diözese stellt sicher, dass niederschwellige und ortsunabhängige Meldewege zur Verfügung stehen, die es betroffenen Personen und Dritten ermöglichen, Hinweise auf Sachverhalte im Sinne dieser Ordnung zu übermitteln. Die Diözese stellt sicher, dass Meldungen schriftlich, per E-Mail, telefonisch oder persönlich erfolgen können.

Artikel 9 – Eingang einer Meldung

(1) Meldungen können von betroffenen Personen, von Dritten oder anonym erfolgen. Anonyme Meldungen sind nicht anonymen Meldung gleichgestellt.
(2) Für betroffene Personen und Dritte, die Kenntnisse von einem Sachverhalt erlangt haben, besteht keine Verpflichtung zur Meldung.
(3) Wer im Dienst der Diözese Bozen-Brixen oder einer kirchlichen Körperschaft steht, die unter der Aufsicht des Bischofs von Bozen-Brixen steht, einschließlich ehrenamtlich tätiger Personen, ist verpflichtet, ihnen bekannt gewordene Verdachtsmomente oder Hinweise unverzüglich an die Ombudsstelle weiterzuleiten, sofern sie nicht sicher davon ausgehen können, dass die betroffene Person keine Meldung wünscht. Verstöße gegen diese Meldepflicht können arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die Diözese stellt sicher, dass alle Personen im Sinne des S. 1 je nach Art und Umfang ihres Dienstes entsprechend hinsichtlich der Weiterleitung von Meldungen geschult sind.

Artikel 10 – Vorgehensweise der Ombudsstelle

(1) Nach Eingang einer Meldung legt die Ombudsstelle einen Vorgang an und vergibt nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen ein Aktenzeichen. Sie unterrichtet die Interventionskommission unverzüglich über den Eingang der Meldung und das Aktenzeichen und dokumentiert diese Unterrichtung unter Angabe des Zeitpunkts und der unterrichteten Person. Sie nimmt unverzüglich Kontakt mit der betroffenen Person auf, sofern dies möglich ist und kein entgegenstehender Wille geäußert wurde, und lädt diese zu einem Gespräch ein, in dem die betroffene Person ihr Anliegen und insbesondere den Sachverhalt ausführlich schildern kann und über ihre Rechte, den weiteren Verfahrensablauf sowie bestehende Unterstützungsangebote informiert wird. Erfolgt die Meldung durch Dritte, wird die betroffene Person schriftlich kontaktiert, sofern sie identifizierbar ist und kein entgegenstehender Wille erkennbar ist; im Falle eines entgegenstehenden Willens, erfolgt die Kontaktaufnahme mit der meldenden Person, sofern diese nicht widersprochen hat.

(2) Die Gespräche sind so zu führen, dass eine Retraumatisierung vermieden wird und können nach Wunsch der betroffenen Person in Präsenz, telefonisch oder unter Nutzung digitaler Kommunikationsmittel durchgeführt werden. Die betroffene Person kann eine Begleitperson hinzuziehen. Weitere Gespräche finden statt, sofern dies von der betroffenen Person gewünscht wird. Über die Gespräche wird jeweils ein Protokoll erstellt und der betroffenen Person zur Autorisierung vorgelegt. Mit Einverständnis der betroffenen Person kann eine Audioaufzeichnung erfolgen und transkribiert werden; eine etwaige Aufzeichnung ist nach Autorisierung des Transkripts unverzüglich zu löschen. Mit der Autorisierung ist das Einverständnis zur Weitergabe an die Interventionskommission verbunden; hierauf ist ausdrücklich hinzuweisen. Gleichzeitig mit der Weiterleitung des Protokolls oder Transkripts an die Interventionskommission empfiehlt die Ombudsstelle dem Generalvikar in Abhängigkeit von der Dringlichkeit weitere vorläufige Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Person, insbesondere in Form von Therapieleistungen, sofern ihr die von ihr zugesagten Sofortmaßnahmen als nicht ausreichend erscheinen.

(3) Erfolgt keine Autorisierung des Protokolls oder des Transkripts, endet das Verfahren nach dieser Ordnung an dieser Stelle. Der Vorgang wird in diesem Fall von der Ombudsstelle anonymisiert dahingehend erfasst, dass hinsichtlich des Beschuldigten, soweit dieser identifizierbar ist, ein nach dieser Ordnung relevanter Vorwurf erhoben wurde und wird in dieser Form an den Generalvikar weitergeleitet. Die Durchführung einer kirchlichen Voruntersuchung (c. 1717 CIC) und die Meldung an das Dikasterium für die Glaubenslehre bleiben davon unberührt. In begründeten Ausnahmefällen kann die Ombudsstelle auch in diesen Fällen dem Generalvikar Unterstützungsmaßnahmen für die betroffene Person empfehlen, dies insbesondere dann, wenn die betroffene Person eine therapeutische Sofortmaßnahme in Anspruch genommen hat und seitens der Therapeutin oder des Therapeuten nach vorheriger Entbindung der Schweigepflicht eine gleichlautende Empfehlung vorliegt. Die Ombudsstelle wird der betroffenen Person in diesen Fällen eine solche Entbindung der Therapeutin oder des Therapeuten von der Schweigepflicht empfehlen.

(4) Soweit eine Zuständigkeit der Diözese Bozen-Brixen nach Maßgabe dieser Ordnung, insbesondere unter Berücksichtigung von Art. 2 Abs. 4, nicht gegeben ist, unterstützt die Ombudsstelle die betroffene Person bei der Kontaktaufnahme mit den dort zuständigen Stellen und dokumentiert den diesbezüglichen Schriftverkehr.

(5) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person über ihr Recht, bei der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen eine Meldung zu erstatten. Die Ombudsstelle kann jederzeit, bereits unmittelbar nach Eingang der Meldung, dem Generalvikar empfehlen, den Sachverhalt unverzüglich an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sofern die betroffene Person dem zustimmt.

(6) Die Ombudsstelle weist auf bestehende Unterstützungsangebote in Form von Sofortmaßnahmen hin und stellt auf Wunsch der betroffenen Person entsprechende Kontakte her. Insbesondere kann sie den Kontakt zu einer Psychotherapeutin oder einem Psychotherapeuten vermitteln, bei der oder bei dem bis zu fünf Therapiestunden in Anspruch genommen werden können, deren Kosten die Diözese Bozen-Brixen trägt. Soweit erforderlich oder von den betroffenen Personen gewünscht, vermittelt sie den Zugang zu einer unabhängigen rechtlichen Erstberatung durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, deren Kosten die Diözese trägt.

(7) Die Ombudsstelle informiert die betroffene Person über die Möglichkeit hinsichtlich einer langfristigen Unterstützung im Rahmen von psychotherapeutischen Maßnahmen und eine diesbezügliche vollständige oder teilweise Kostenübernahme durch die Diözese. Möchte die betroffene Person dies in Anspruch nehmen, unterstützt die Ombudsstelle sie bei der Suche nach einer geeigneten Therapeutin oder einem geeigneten Therapeuten.
Sofern bei der betroffenen Person psychosomatische Beschwerden vorliegen, vermittelt die Ombudsstelle eine geeignete Behandlungsstelle und gibt auf Grundlage der dortigen Empfehlung eine Empfehlung an den Generalvikar hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung für entsprechende Behandlungsmaßnahmen.

D. Sachverhaltsaufklärung

Artikel 11 – Sachverhaltsaufklärung durch die Interventionskommission

(1) Die Interventionskommission entscheidet auf der Grundlage des autorisierten Protokolls oder Transkripts eigenständig und unabhängig über Art, Umfang und Durchführung der Sachverhaltsaufklärung.

(2) Zu den Maßnahmen der Sachverhaltsaufklärung gehören insbesondere die Einsichtnahme in Akten und Unterlagen, die Befragung von Zeuginnen und Zeugen sowie der beschuldigten Person und die Einholung von Stellungnahmen von Expertinnen und Experten oder sonstigen fachkundigen Dritten. Sie kann die für die Durchführung der vorgenannten Maßnahmen erforderlichen Anordnungen mit für die Adressaten bindender Wirkung treffen. Die Interventionskommission kann die Durchführung einzelner Aufklärungsmaßnahmen jederzeit widerruflich ganz oder teilweise einzelnen Mitgliedern oder externen fachkundigen Personen übertragen und legt dabei auch den zeitlichen Rahmen sowie die Art und Weise der Berichterstattung fest.

(3) Eine ergänzende Befragung der betroffenen Person erfolgt nur, soweit dies erforderlich ist und unter Beachtung der besonderen Schutzbedürfnisse der betroffenen Person. Die Einholung eines aussagepsychologischen Gutachtens ist nur mit deren Zustimmung zulässig; aus der Verweigerung der Zustimmung dürfen der betroffenen Person keine Nachteile entstehen.

(4) Die Rechte der beschuldigten Person, insbesondere das Recht auf rechtliches Gehör, auf Beistand und auf Schutz vor öffentlicher Vorverurteilung, sind zu wahren.

(5) Die Ombudsstelle wird über sämtliche Maßnahmen der Sachverhaltsaufklärung informiert; ihr ist auf Wunsch oder bei Bedarf eine Mitwirkung zu ermöglichen. Sie informiert die betroffene Person fortlaufend über den Stand des Verfahrens.

(6) Bestehen Anhaltspunkte für nach staatlichem Recht strafbares Verhalten, ist die gegebenenfalls unmittelbare Einbindung staatlicher Behörden zu prüfen. Die Interventionskommission prüft dabei insbesondere, ob weitere Aufklärungsmaßnahmen den Erfolg einer möglichen staatlichen Strafverfolgung gefährden könnten. Ist dies der Fall, veranlasst sie unter Einbindung der Ombudsstelle zur Einholung der Zustimmung der betroffenen Person die unverzügliche Befassung durch den Generalvikar mit dem Ziel der Entscheidung über eine sofortige Einbindung der staatlichen Strafverfolgungsbehörden.
Im Falle bereits anhängiger staatlicher Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren wird das Verfahren bis zu deren Abschluss ausgesetzt, wenn die Ermittlungsbehörden dies anordnen. Die Interventionskommission hat sich hierüber bei den Ermittlungsbehörden rückzuversichern. In diesem Fall unterbreitet die Interventionskommission Empfehlungen für geeignete vorläufige Maßnahmen gegenüber der beschuldigten Person, insbesondere einzelne Tätigkeitsbeschränkungen, vorläufige Änderungen der Tätigkeit, räumliche und zeitliche Einschränkungen der Tätigkeit.

(7) Alle für die Sachverhaltsaufklärung erforderlichen Maßnahmen der Interventionskommission sind mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Dies gilt nicht, soweit die Interventionskommission einem externen Dritten oder einem ihrer Mitglieder eine Vollmacht zur eigenständigen Durchführung einzelner Maßnahmen erteilt hat. Die Erteilung einer solchen Vollmacht erfolgt ebenfalls durch einfachen Mehrheitsbeschluss.

Artikel 12 – Dokumentation der Sachverhaltsaufklärung
Die durchgeführten Maßnahmen sowie die daran beteiligten Personen sind durch die Interventionskommission unter Beachtung der hierfür bestehenden fachlich anerkannten Standards (Grundsätze guter Dokumentation) vollständig zu dokumentieren. Die Dokumentation hat den Ablauf des Verfahrens nachvollziehbar abzubilden.

E. Bewertung
Artikel 13 – Abschlussbericht der Interventionskommission
(1) Nach Abschluss der Sachverhaltsaufklärung erstellt die Interventionskommission einen schriftlichen Abschlussbericht mit einem Entscheidungsvorschlag für den Generalvikar. Die Bewertung des Sachverhalts und der Entscheidungsvorschlag bedürfen weder der Einstimmigkeit noch einer qualifizierten Mehrheit. Mitglieder der Interventionskommission, die sich der Mehrheitsmeinung nicht anschließen, können dem Bericht ein gemeinsames oder jeweils eigenes Minderheitenvotum beifügen.
(2) Der Bericht enthält eine Darstellung des Verfahrensgangs, eine Würdigung der erhobenen Beweise sowie eine Bewertung des Sachverhalts als erwiesen, plausibel, nicht abschließend aufklärbar oder widerlegt. Soweit keine unmittelbare Befassung staatlicher Strafverfolgungsbehörden erfolgt ist, nimmt der Bericht auch zu der Frage Stellung, ob eine unverzügliche Weiterleitung an diese angezeigt ist.
(3) Soweit der Sachverhalt nicht als widerlegt angesehen wird, enthält der Bericht eine nachvollziehbare Begründung der Bewertung sowie konkrete Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die beschuldigte Person. Diese können insbesondere Maßnahmen im kirchlichen oder dienstrechtlichen Bereich umfassen, unter Berücksichtigung des jeweiligen rechtlichen Status und vorbehaltlich einer entsprechenden rechtlichen Prüfung. Ausgenommen hiervon sind Empfehlungen, die einem kirchlichen oder sonstigen förmlichen Verfahren vorbehalten sind. Auch im Fall der Bewertung als widerlegt ist in Form einer nachvollziehbaren Begründung darzulegen, aufgrund welcher Erkenntnisse der Vorwurf als entkräftet angesehen wird.
(4) Dem Bericht werden sämtliche im Zuge der Tätigkeit der Interventionskommission und der Ombudsstelle entstandenen Unterlagen beigefügt.

Artikel 14 – Stellungnahme und Empfehlung der Ombudsstelle
Die Ombudsstelle muss zum Bericht der Interventionskommission innerhalb einer Frist von 14 Tagen eine Stellungnahme abgeben. Die Stellungnahme muss eine Aussage hinsichtlich der für die betroffene Person empfohlenen Unterstützungsmaßnahmen enthalten. Die Stellungnahme ist dem Generalvikar zusammen mit dem Bericht der Interventionskommission vorzulegen.

F. Entscheidung und Beschwerdemöglichkeit
Artikel 15 – Entscheidung des Generalvikars
(1) Die Entscheidung des Generalvikars erfolgt auf Grundlage des Abschlussberichts der Interventionskommission sowie der Stellungnahme der Ombudsstelle. Weicht der Generalvikar von den Empfehlungen der Interventionskommission oder der Ombudsstelle ab, ist dies schriftlich und nachvollziehbar zu begründen.
(2) Die Entscheidung ist zu dokumentieren. Die Kommunikation der Entscheidung erfolgt unter Wahrung der Rechte der Beteiligten in geeigneter Weise, unter Einbindung des Amtes für Medien und Kommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit, soweit dies erforderlich und rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus werden die zuständigen diözesane Stellen und Gremien, insbesondere der Kurienrat, der Priesterrat, Pastoralrat, Personalkommission sowie Betroffenenbeirat informiert.

(3) Die betroffene Person ist über die Entscheidung unter Angabe der tragenden Gründe zu informieren. Ihr ist ein Gesprächsangebot zu unterbreiten, das unter Einbindung der Ombudsstelle erfolgt.
(4) Soweit mit Blick auf den Abschlussbericht der Interventionskommission die Durchführung einer förmlichen kirchlichen Voruntersuchung nach Maßgabe von c. 1717 § 1 CIC als gänzlich überflüssig anzusehen ist, leitet der Generalvikar den Abschlussbericht unverzüglich zur Entscheidung über die Durchführung eines kirchlichen Strafverfahrens an das Dikasterium für die Glaubenslehre weiter. Soweit die Durchführung einer förmlichen kirchlichen Voruntersuchung nicht gänzlich überflüssig ist, leitet der Generalvikar den Abschlussbericht unter Benennung der aus seiner Sicht noch klärungsbedürftigen Punkte an die Interventionskommission zurück. Die Interventionskommission führt die weitere Sachverhaltsaufklärung durch.

Artikel 16 – Beschwerdemöglichkeit
(1) Gegen die Entscheidung des Generalvikars kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung Beschwerde bei diesem eingelegt werden. Zur Beschwerde berechtigt sind die betroffene Person, die beschuldigte Person sowie die Ombudsstelle und der Betroffenenbeirat. Die Beschwerde muss von dem Betroffenen nicht begründet werden. Eine Begründung kann von der betroffenen Person nachgereicht werden. Die übrigen Beschwerdeberechtigten müssen die Beschwerde begründen. Eine Anschlussbeschwerde ist für die vorgenannten Beschwerdeberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der ersten Beschwerde möglich.
(2) Der Generalvikar kann nach Eingang einer Beschwerde eine neue Entscheidung treffen. Diese ist dem Generalvikar persönlich vorbehalten; eine Delegation ist nicht möglich. Seine Entscheidung ist schriftlich zu begründen, insbesondere wenn er von der Empfehlung der Interventionskommission abweicht. Hält er die ergangene Entscheidung aufrecht, ist auch dies vor dem Hintergrund der Beschwerdeeinwände schriftlich zu begründen.
(3) Die Entscheidung des Generalvikars nach Durchführung des Beschwerdeverfahrens ist nach dieser Ordnung unanfechtbar. Allgemeine kirchenrechtliche Rechtsmittel, soweit gegeben, bleiben hiervon unberührt. Diese Beschwerde gilt als Abhilfeverlangen im Rahmen des hierarchischen Rekurses gemäß c. 1734 § 1 CIC, wobei die diesbezügliche Einlegungsfrist des c. 1734 § 2 CIC unberührt bleibt.

G. Dokumentation, Datenschutz und Transparenz
Artikel 17 – Dokumentation und Aufbewahrung
(1) Die Verfahrensunterlagen sind gesondert aufzubewahren und gegen unbefugten Zugriff zu sichern. Der Abschlussbericht der Interventionskommission und die Entscheidung des Generalvikars sind der Personalakte des Beschuldigten hinzuzufügen.
(2) Betroffene Personen sowie ihre rechtlichen Vertreter haben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere nach Maßgabe des Arbeitsrechts und des Datenschutzes, Anspruch auf Einsicht. Die Gewährung von Akteneinsicht an beschuldigte Personen sowie deren rechtliche Vertretung liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Generalvikars. Wird beschuldigten Personen Akteneinsicht gewährt, ist sorgfältig darauf zu achten, dass personenbezogene Daten Dritter, insbesondere der betroffenen Person bzw. Personen, nur insoweit offenbart werden, wie dies zur Wahrung berechtigter Interessen der beschuldigten Person zwingend erforderlich ist, im Übrigen in nicht revisibler Weise geschwärzt werden.

Artikel 18 – Datenschutz und Informationsweitergabe
(1) Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt unter strikter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die Diözese ist verpflichtet, die Öffentlichkeit ausreichend und angemessen über abgeschlossene Verfahren zu informieren.
(2) Im Falle einer Anschlussbeschäftigung des Beschuldigten bei einem anderen Inkardinationsverband oder Arbeitgeber ist im rechtlich zulässigen Umfang sicherzustellen, dass die hierfür zuständigen Stellen oder Verantwortlichen in geeigneter Weise über die für die Bewertung der Tätigkeit relevanten Umstände informiert werden.

H. Qualitätssicherung und Weiterentwicklung

Artikel 19 – Schulungen

(1) Die Diözese stellt sicher, dass alle nach dieser Ordnung beteiligten Personen verpflichtend an der von der Diözese zur Gewährleistung der Qualität dieses Verfahrens regelmäßig angebotenen Schulungen teilnehmen und die Teilnahme nachgewiesen wird.

(2) Darüber hinaus sind für alle Ordinariats- und Diözesanmitarbeitenden sowie für Priester, Diakone sowie hauptamtliche Laienmitarbeitende in der Seelsorge verpflichtende und nachweisbare Schulungen vorzusehen, die – gegebenenfalls abgestuft nach Tätigkeitsbereich und Verantwortungsumfang – die ordnungsgemäße Durchführung des Interventionsverfahrens gewährleisten.

Artikel 20 – Evaluation

(1) Die Interventionsordnung wird jährlich überprüft. Die jährliche Überprüfung erfolgt durch die Ombudsperson, den/ die Vorsitzende/n der Interventionskommission und einem der Interventionskommission angehörenden Mitglieder des Betroffenenrates. Dabei werden insbesondere die geführten Verfahren ausgewertet. Der Überprüfungsbericht wird dem Generalvikar spätestens drei Monate nach dem jährlichen Stichtag der Inkraftsetzung vorgelegt. Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten und in der Folge im Turnus von jeweils drei Jahren wird die Überprüfung unter Beteiligung einer von den vorgenannten Personen mindestens mehrheitlich zu benennenden, geeigneten externen Stelle durchgeführt.

(2) Die Ordnung wird unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse sowie rechtlicher und institutioneller Entwicklungen fortlaufend angepasst und weiterentwickelt.

I. Schlussbestimmungen

Artikel 21 – Ausführungsbestimmungen, Revision diözesaner Regelungen

(1) Der Generalvikar erlässt spätestens drei Monate nach dem Inkrafttreten dieser Interventionsordnung nach Durchführung eines Konsultationsprozesses Ausführungsbestimmungen, die insbesondere die Zusammensetzung, Bildung und Arbeitsweise der sowie die fachlichen Anforderungen an die in dieser Ordnung genannten Gremien und Personen sowie die Dokumentation der einzelnen Verfahrensschritte näher konkretisieren.

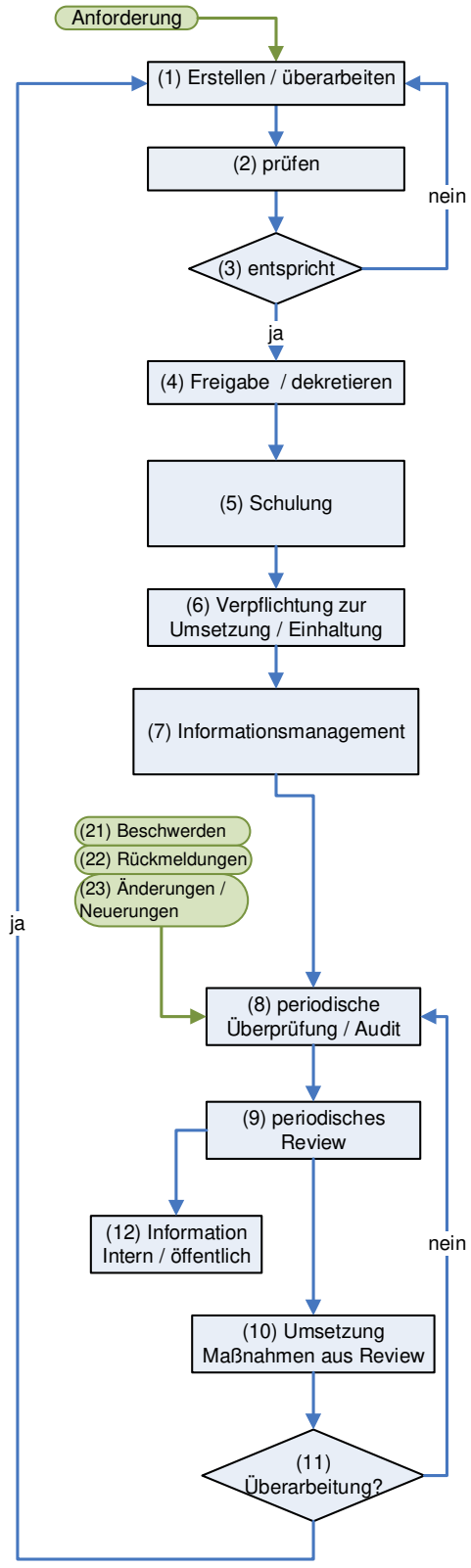
(2) Die in der Präambel genannten diözesanen Regelungen und Standards sind bis spätestens 31.12.2026 unter Berücksichtigung der vorliegenden Interventionsordnung zu aktualisieren. Diese Aktualisierung muss auch eine Regelung dazu enthalten, wie mit Klerikern und den gegenüber diesen auf der Grundlage dieser Ordnung verhängten Maßnahmen verfahren wird.

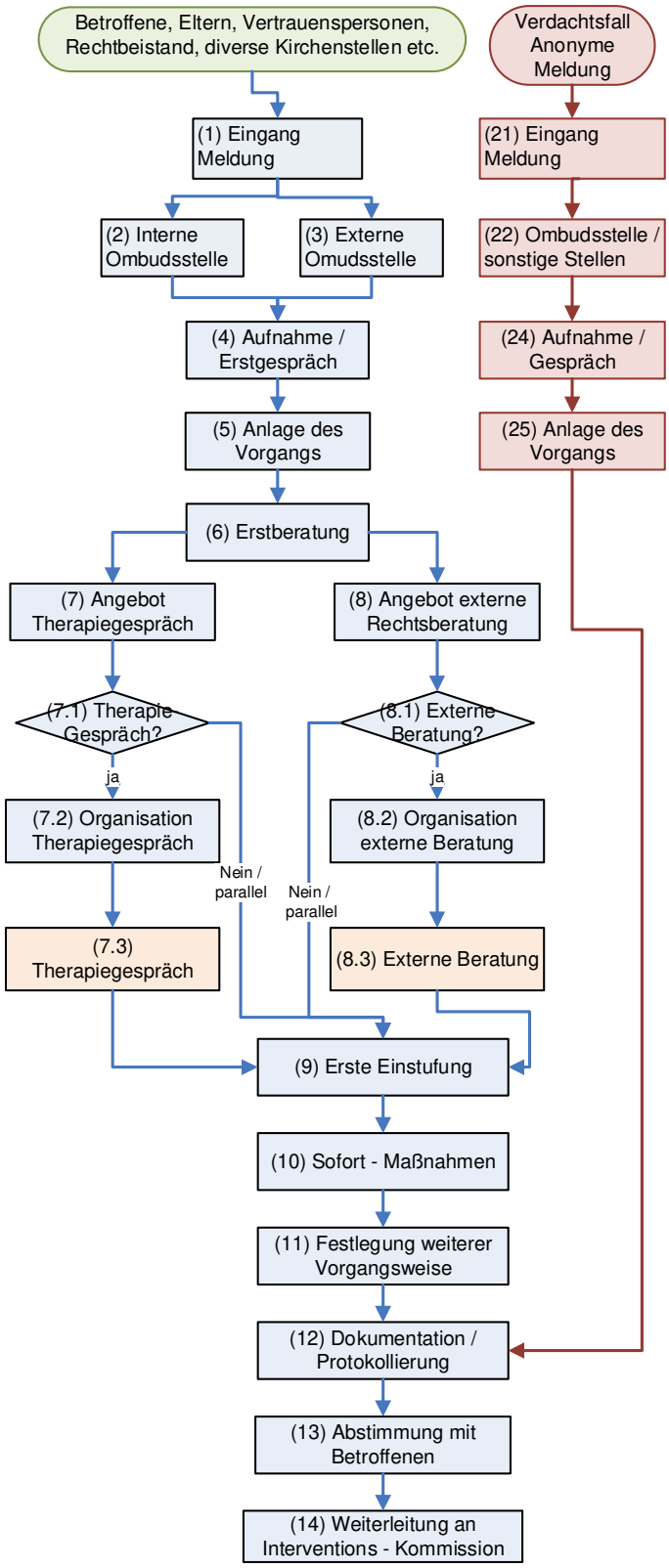
Artikel 22 – Anwendung auf Altfälle

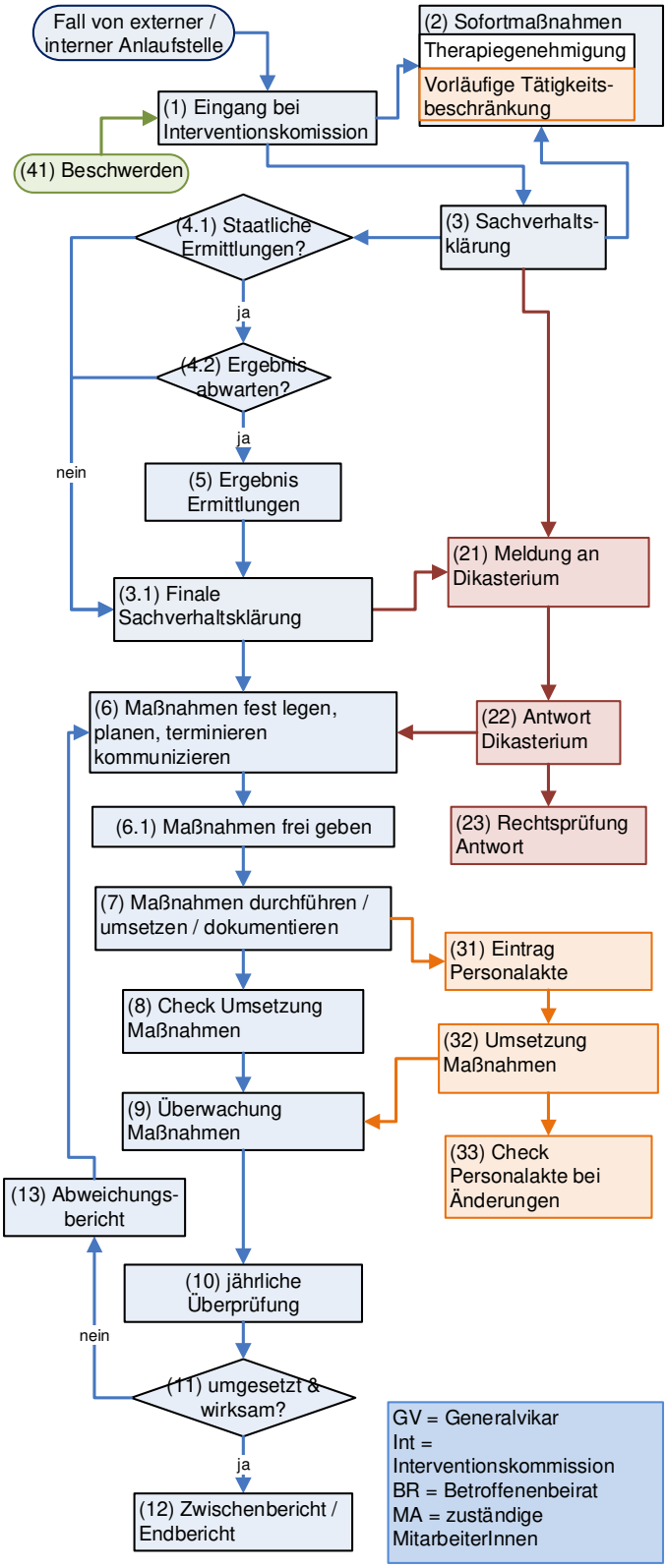
Diese Interventionsordnung findet unmittelbare Anwendung auf alle anhängigen Verfahren, hinsichtlich derer zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde.

Artikel 23 – Inkrafttreten

Diese Interventionsordnung ist im Amtsblatt der Diözese Bozen-Brixen zu veröffentlichen und tritt mit ihrer Veröffentlichung dort in Kraft.

Erstellen / Überarbeiten Interventionsordnung (Abschn. A/F/G/H Art.1,2,17,18,19,20,21,22)	**Durchführung / Verantwortung**	Inhalt / Referenzen / Kurzbeschreibung
	(1) AG Erstellung / Änderung (4) Generalvikar (5) Generalvikar Beauftragte Schulung (7) Informations - Beauftragte (8) AG Überprüfung Betroffenenrat (9) Generalvikar AG Review Betroffenenrat (12) Informations - Beauftragte (10) Verantwortliche MitarbeiterInnen	**(1)** Die Ordnung wird in Zusammenarbeit von Betroffenen, Rechtsanwälten und Diözesanmitarbeitern erstellt bzw. überarbeitet. Mindestinhalt: Anlaufstelle, Aufnahme und Abwicklung, Organisation Rechte und Ansprüche Dokumentation, Kommunikation **(2)** Die Ordnung wird auf Vollständigkeit, Umsetzbarkeit und Rechtskonformität geprüft. **(5) Schulungsinhalt:** Gesamte Ordnung bei Einführung oder Änderung **zu schulen:** Verantwortliche, Priester, MitarbeiterInnen **(6)** Verantwortliche, Priester und MitarbeiterInnen der Diözese werden in schriftlicher Form zur Einhaltung verpflichtet. **(7)** Nach Erstellung bzw. Änderungen werden Medien, Betroffene, Beschuldigte, interne MitarbeiterInnen und die Öffentlichkeit informiert **(8)** Periodisch (jährlich) sind der Status Umsetzung Ordnung, der Maßnahmen, der Schulungen, die Organisation und die Dokumentation durch ein Gremium, dem ein Mitglied des Betroffenenrates angehört, zu überprüfen. Nach 1 Jahr und dann alle 3 Jahre ist in diese Überprüfung eine unabhängige externe Stelle einzubinden. Zu berücksichtigen sind auch die eingegangenen Beschwerden und Rückmeldungen sowie Änderung oder Neuerungen Ein Bericht ist zu erstellen **(9)** Periodisch (jährlich) ist ein Review zu erstellen und durch die Leitung der Diözese frei zu geben. Inhalt sind die Ergebnisse der Überprüfung sowie Statistiken und wirtschaftliche Überlegungen. Falls notwendig, sind Maßnahmen fest zu legen und eine Empfehlung einer Überarbeitung (11). Das Review ist mit dem Betroffenenrat abzustimmen. **(12)** MitarbeiterInnen, Betroffene und Öffentlichkeit werden über das Ergebnis des Reviews informiert

Ablauf: **Aufnahme von Fällen** (Abschnitt C / Art. 8-10)	Verantwortlich Durchführung	Inhalt / Referenzen / Kurzbeschreibung
	(1, 21) Ombuds-person (4, 24) Ombuds-person (5, 25) Ombuds-person (6) Ombuds-person (7, 8) Ombuds-person (7.2, 8.2) Ombuds-person (7.3, 8.3) extern (9) Ombuds-person (10) Ombuds-person (11) Ombuds-person (12) Ombuds-person (13) Ombuds-person (14) Ombuds-person	**Der gesamte Vorgang ist lückenlos und nachvollziehbar entsprechend den fest gelegten Dokumentationsregeln in der dafür vorgesehenen Form zu dokumentieren** Alle Fälle sind unabhängig von der Eingangsstelle an die Ombudsstelle zu melden (4, 24) Das Gespräch / die Aufnahme hat an einem möglichst neutralen Ort zu erfolgen (5, 25) Der Vorgang wird schriftlich und im System angelegt (6) Die Möglichkeiten und weiteren Abläufe werden mit de Betroffenen besprochen (7,8) Ein Therapiegespräch und eine externe Rechtsberatung werden angeboten (7.2, 8.2) Therapiegespräch / Rechtsberatung werden organisiert (9) Eine erste Einstufung, z.B. nach Schweregrad, wird vorgenommen (11) Die weiteren Abläufe werden mit den Betroffenen vereinbart (z.B. auch weitere Gespräche) (12) Der Vorgang ist schriftlich und im System zu dokumentieren – entsprechend den Dokumentationsregeln (13) Das Protokoll ist mit den Betroffenen abzustimmen. Es ist eine Zustimmung zur Weiterleitung einzuholen. (14) Das Protokoll wird an die Interventionsstelle weiter geleitet. Falls es keine Zustimmung zur Weiterleitung gibt, erfolgt eine anonymisierte Meldung an die Interventionskommission

Ablauf: **Intervention** (Abschnitt D-F / Art. 11 – 15)	Verantwortlich Durchführung	Inhalt / Referenzen / Kurzbeschreibung
	(2) Int (3) Int (21) GV (6) Int / BR (6.1) Int/GV (23) extern (7) MA (31) GV (8) Int (32) GV (9) Int (33) GV (13) Int (10) Int / BR / extern (12) Int	**Der gesamte Vorgang ist lückenlos und nachvollziehbar entsprechend den fest gelegten Regeln in der dafür vorgesehenen Form zu dokumentieren** (41) Beschwerden gehen direkt bei der Interventionskommission ein und werden von dieser bearbeitet (2) Sofortmaßnahmen sind bei Notwendigkeit durchzuführen und zu dokumentieren. Eine Ablehnung ist zu begründen und zu kommunizieren. (3, 3.1) Die Sachverhaltsaufklärung ist zu terminieren, zu dokumentieren und zu kommunizieren (z.B. an Betroffene, Ombudsperson) (5) Das Ergebnis der Ermittlungen ist zu dokumentieren und zu kommunizieren (z.B. an Betroffene, Ombudsperson) (22) Die Antwort ist zu dokumentieren und zu kommunizieren (z.B. an Betroffene, Ombudsperson) (6) Maßnahmen sind in Abstimmung mit dem Betroffenenbeirat zu planen, terminieren und zu kommunizieren (6.1) Die Freigabe für die Disziplinarmaßnahmen erfolgt durch den Generalvikar (23)Die Antwort des Dikasteriums ist auf Rechtskonformität von einer unabhängigen Stelle zu überprüfen. Im Falle einer Abweichung ist eine Beeinspruchung vorzunehmen. (31) es ist sicher zu stellen, dass die Einträge gesetzes- und datenschutzkonform erfolgen und bei Anforderung abrufbar sind (8) es ist sicher zu stellen, dass die Maßnahmen zu den vereinbarten Terminen umgesetzt sind. (9) es ist sicher zu stellen, dass auch langfristige Maßnahmen (z.B. lebenslanges Ausübungsverbot) überwacht werden. (33) bei personellen Änderungen (z.B. Versetzungen) sind die Einträge in der Personalakte zu berücksichtigen (10) Der Status der Maßnahmen und die Umsetzung sind durch die Interventionskommission und mindestens eine unabhängige Person sowie in Abstimmung mit dem Betroffenenbeirat zu überprüfen. Das Ergebnis ist in einem Bericht (12/13) fest zu halten. Diese Berichte bilden einen Teil der periodischen Überprüfung / des Reviews der Interventionsordnung.

Decreto di approvazione
delle norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone

Su iniziativa del gruppo direttivo del progetto “Coraggio di guardare” e su incarico del Vicario generale, è stata commissionata la stesura di norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone.
L’elaborazione dei contenuti e la redazione sono state curate dallo studio legale Lau-Litzka-Pusch di Monaco in collaborazione con quattro persone vittime di violenza sessuale nell’ambito di competenza della Chiesa. Nel testo definitivo sono stati integrati i riscontri del gruppo direttivo del progetto “Coraggio di guardare”, nonché quelli del Vicario generale, del Cancelliere e del sottoscritto in qualità di Vescovo.
In virtù del mio ufficio di Vescovo diocesano,

con il presente decreto approvo le norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone,

che, in qualità di allegato, costituisce parte integrante del presente decreto, e lo metto in vigore con effetto dal 1° agosto 2026.
Il presente decreto e le intere norme di intervento devono essere pubblicati nel Folium Diocesanum Bauzanense-Brixinense.

Ivo Muser, Vescovo di Bolzano-Bressanone

Bolzano, nella memoria dei ss. Marta, Maria e Lazzaro, 29 luglio 2026
Prot. Nr. 2026/328 II

Norme di intervento della diocesi di Bolzano-Bressanone

Osservazioni preliminari

La diocesi di Bolzano-Bressanone vede nella protezione della dignità e integrità di ogni essere umano una componente essenziale della propria missione ecclesiale. Tutelare i minori e gli adulti fragili e vulnerabili dalla violenza a sfondo sessuale, sia essa fisica o psicologica, rientra in particolare fra gli obblighi fondamentali dell'operato ecclesiastico. Ogni forma di violenza stride profondamente con l'immagine in cui la Chiesa si riconosce.

Una delle finalità perseguite dalla diocesi consiste dunque nel creare e garantire un contesto istituzionale atto a individuare con precocità i potenziali di rischio, prevenirli con efficacia e reagire con adeguatezza a indizi di possibili abusi. In questo contesto esiste una netta separazione strutturale fra gli ambiti di precauzione e di intervento, ossia tra la prevenzione e la reazione ai casi (sospetti) di abuso, pur perseguendo entrambe il medesimo obiettivo primario, ovvero la protezione dei soggetti offesi e l'evitamento di ulteriori reati.

Nel perseguire questi obiettivi, la diocesi di Bolzano-Bressanone ha adottato misure di intervento principalmente focalizzate sulla prevenzione. Oltre alle Linee Guida della Conferenza Episcopale Italiana per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili, in vigore nella versione risalente al 2023, il Vescovo di Bolzano-Bressanone ha introdotto per il Servizio Diocesano per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili una serie di direttive riunite nella cosiddetta "Cornice concettuale per la prevenzione da abusi sessuali e da altre forme di violenza" (FDBB 2020, 273-294). Oltre che in questa, gli standard applicati in relazione ai casi di abuso sessuale sono riassunti anche nelle "Direttive per le modalità procedurali" del Centro di ascolto, elaborate a livello operativo. Accanto al Servizio Diocesano per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili, all'Incaricato diocesano e al Centro di ascolto, la diocesi di Bolzano-Bressanone dispone di un comitato (cd. équipe) interdisciplinare di esperte ed esperti esterni. Le esperienze acquisite nel contesto delle attività svolte sinora e, in particolare, nell'ambito del progetto "Il coraggio di guardare", hanno messo in evidenza opportunità di miglioramento, segnatamente per quanto attiene alla sfera dell'intervento.

Le presenti Norme di intervento vanno dunque a integrare le indicazioni già emanate dalla Chiesa e dalla diocesi in merito alla gestione delle segnalazioni e degli indizi di molestie sessuali, abuso sessuale o altre forme di violenza. Definiscono un iter strutturato, logico e trasparente atto a garantire sia la protezione e il sostegno delle persone offese che la tutela dei diritti dei soggetti accusati. La procedura così definita mira ad assicurare un accertamento indipendente e accurato dei fatti nonché a garantire l'adozione di opportune misure di intervento.

L'applicazione di queste norme procedurali scaturisce dalla consapevolezza della sensibilità particolare richiesta negli iter di gestione delle notizie di violenza ed abuso. Il rispetto della dignità individuale di tutte le parti coinvolte, una gestione responsabile delle informazioni pervenute e un'accurata ponderazione degli interessi toccati saranno alla base di ogni fase procedurale. Parimenti occorre garantire che le segnalazioni vengano prese sul serio, verificate, adottando all'occorrenza idonei accorgimenti tali da consentire la successiva messa in atto di interventi concreti.

In questo quadro, la diocesi collabora con le competenti autorità statali, con istituzioni specifiche e reti di esperti. Lo scambio di conoscenze specialistiche con altre realtà diocesane, così come con le istituzioni ecclesiastiche e non ecclesiastiche, contribuirà all'affinamento e miglioramento continuo delle norme di azione.

La diocesi concepisce queste Norme di intervento come parte integrante di un progressivo processo di garanzia qualitativa e ulteriore sviluppo. Le osservazioni compiute nell'ambito della loro applicazione pratica, così come gli sviluppi giuridici e istituzionali che ne derivano, confluiranno negli sforzi destinati a mantenere nel tempo l'efficacia delle procedure. Gli iter procedurali e di azione discendenti dalle presenti Norme di intervento sono illustrati graficamente con l'ausilio di diagrammi di flusso che, a titolo di Appendice, si allegano al presente Regolamento di cui costituiscono parte integrante e sostanziale.

A. Disposizioni generali

Articolo 1 – Finalità e fondamenti procedurali

(1) Le presenti Norme di intervento disciplinano la procedura da seguire nelle segnalazioni di molestie sessuali, abuso sessuale e altre forme di violenza, in particolare violenza fisica e psicologica, rientranti nell'area di competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone. Servono a concretizzare le linee guida ecclesiastiche e diocesane emanate in materia e sono da interpretarsi in correlazione ad esse. In caso di contraddizioni prevalgono le norme del presente Regolamento, salvo quando contrarie al diritto non vincolante della Chiesa universale.

(2) Per tutte le misure di intervento adottate sulla base delle presenti Norme vigono i principi di riservatezza, equità, trasparenza, apertura all'esito, tempestività e tutela della persona offesa e del soggetto accusato.

(3) Ai fini delle presenti Norme, le vittime secondarie sono equiparate alle persone offese da violenze rientranti nello stesso ambito di applicazione.

Articolo 2 – Ambito di applicazione

(1) Il presente Regolamento si applica a tutte le notizie di fatti contemplati dalle linee guida emanate dalla CEI (Linee Guida per la tutela dei minori e delle persone vulnerabili del 24 giugno 2019, Edizione aggiornata alla normativa vigente, Novembre 2023), e dalla cd. Cornice concettuale della diocesi di Bolzano-Bressanone, che si verifichino nell'ambito di competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone o che, per motivi di competenza, vengano deferiti alla stessa.

(2) Le Norme si applicano ai chierici appartenenti alla diocesi di Bolzano-Bressanone, nonché ai chierici di altre diocesi, a tutti gli incardinati in altri enti e ai membri degli ordini religiosi che operino per conto della diocesi di Bolzano-Bressanone o sul territorio di sua competenza, ad esempio nelle rappresentanze per congedo di ferie. Ciò include in particolare anche l'attività svolta nelle parrocchie incorporate. Le Norme si applicano parimenti ai candidati al ministero sacerdotale nonché ai laici alle dipendenze della diocesi di Bolzano-Bressanone e delle parrocchie, oltre che ai volontari operanti presso queste istituzioni. La procedura si applica anche nei confronti dei soggetti accusati che siano deceduti.

(3) Nei casi in cui un fatto riguardi un chierico altrove incardinato o appartenente a un ordine operante sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone, il Vicario generale, salvo nei casi di cui al successivo comma 4, condurrà la procedura, ai sensi del presente Regolamento, in qualità di Ordinario del luogo di accadimento dei fatti, dandone adeguata informazione all'Ordinario del luogo di incardinazione o al Superiore dell'ordine di appartenenza, sia all'avvio che al termine della procedura. Tale previsione si applica anche qualora il soggetto accusato si intrattenga solo casualmente sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone.

(4) Alla procedura ai sensi del presente Regolamento non viene data esecuzione quando il soggetto accusato si intrattenga solo casualmente sul territorio della diocesi di Bolzano-Bressanone e la conduzione di un'indagine canonica preliminare o di un'analoga procedura avviata dall'Ordinario del luogo di residenza o dall'Ordine di appartenenza meglio risponda agli interessi della persona offesa, circostanza eventualmente da concordarsi con il/la diretto/a interessata/o. In questi casi, il Vicario generale ne darà opportuna notizia al rispettivo Ordinario o Superiore dell'Ordine, mettendolo inoltre al corrente degli sviluppi della procedura. Ogni passaggio andrà documentato dal Vicario generale.

(5) Fatte salve le norme che precedono, in tutti i casi di sospetto abuso sessuale rientranti nelle materie di competenza del Dicastero per la Dottrina della Fede, il Vicario generale è tenuto a informare lo stesso anche quando dalle norme universali non si evinca una competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone e non si avviino procedure ai sensi del presente Regolamento.

B. Autorità coinvolte e obblighi generali

Articolo 3 – Organismi coinvolti

(1) Alla procedura prendono parte il Centro di ascolto, la Commissione di intervento e il Vicario generale.

(2) Il Centro di ascolto funge da primo sportello di segnalazione e da rappresentante degli interessi della persona offesa. Agisce in autonomia, operando esclusivamente in difesa della parte lesa. Gli operatori del Centro di ascolto conducono colloqui con la persona interessata dai fatti, documentando i contenuti di quegli incontri, informando sui diritti e gli iter previsti e affiancando la persona offesa nelle successive fasi della procedura.

(3) La Commissione di intervento è responsabile di condurre le indagini indipendenti volte ad appurare i fatti e di redigerne il Rapporto finale. Per oltre la metà, l'organismo è composto da esperti esterni, fra cui anche persone reduci da esperienze di abuso.

(4) Il Vicario generale è l'autorità incaricata dal Vescovo della diocesi di decidere, pervenendo alla decisione finale sulla scorta del Rapporto conclusivo presentato dalla Commissione di intervento. È inoltre responsabile di informarne il Dicastero per la Dottrina della Fede ed eventualmente altri enti di incardinazione.

(5) Al Comitato consultivo delle parti offese viene quindi presentata la decisione pronunciata dal Vicario generale sulla base del rapporto della Commissione di intervento. Il Comitato consultivo delle parti offese può opporsi a tale decisione presentando ricorso presso lo stesso Vicario generale.

Articolo 4 – Obblighi generici degli organismi interessati

(1) Gli organismi coinvolti nell'iter sono soggetti a un rigido obbligo di riservatezza in ordine ad ogni circostanza di cui vengano a conoscenza nel corso della procedura. La condivisione di informazioni è ammessa solo in presenza di obblighi di legge o canonici in tal senso o quando necessario ai fini dello svolgimento della procedura.

(2) Ogni organismo coinvolto nella procedura è tenuto a rendere prontamente noti eventuali conflitti di interesse o situazioni che possano compromettere l'imparzialità del giudizio. L'eventuale sussistenza sarà valutata direttamente dagli organismi interessati, escludendo dalla partecipazione l'individuo potenzialmente di parte. Qualora l'organismo interessato sia costituito da un unico individuo sospettato di essere in conflitto di interessi, la decisione è presa dal soggetto che ne fa le veci e, in sua assenza, dal Vescovo della diocesi. In caso di conflitto di interessi o di motivi di imparzialità, il soggetto interessato è escluso dalle successive fasi della procedura.

(3) La tenuta e conservazione degli atti relativi alla procedura dovranno essere tali da escludere l'accesso non autorizzato alle informazioni. Gli atti e fascicoli dovranno più in generale essere conformi ai principi di regolare fascicolazione e gestione documentale. L'accesso ai documenti sarà esclusivamente ristretto ai soggetti immediatamente interessati.

Articolo 5 – Funzioni e doveri del Centro di ascolto

(1) Il Centro di ascolto riceve le segnalazioni riguardanti fatti che rientrino nell'ambito di applicazione delle presenti Norme, conduce i necessari colloqui con la persona offesa e la affianca lungo l'intera procedura. Informa in merito ai diritti, alle sequenze procedurali e ai servizi di supporto esistenti, assicurandosi che gli interessi della persona coinvolta siano adeguatamente considerati.

(2) Il Centro di ascolto decide a propria discrezione eventuali misure di intervento immediato da fornire a sostegno della parte offesa in conformità a quanto più precisamente definito nel presente Regolamento. Può proporre al Vicario generale ulteriori misure temporanee di supporto qualora ritenga che gli interventi immediati non siano sufficienti a darvi sostegno fino alla conclusione della procedura in atto. Il Vicario generale decide quindi con tempestività, ai sensi di quanto previsto al successivo art. 15 delle presenti Norme, e comunque non oltre tre settimane dalla proposta.

(3) Il Centro di ascolto aggiorna costantemente la persona offesa in merito allo stato di avanzamento e all'andamento della procedura.

(4) Il Centro di ascolto rilascia quindi un parere sul Rapporto finale della Commissione di intervento, formulando altresì raccomandazioni riguardo a misure di supporto a lungo termine a favore della persona offesa.

Articolo 6 – Funzioni e doveri della Commissione di intervento

(1) La Commissione di intervento è responsabile di eseguire indagini indipendenti e approfondite allo scopo di fare chiarezza sui fatti segnalati. Predispone raccomandazioni operative riguardo alla tipologia, alla portata e all'attuazione delle necessarie misure di intervento e supporto. Per almeno la metà è composta da esperti esterni e presieduta da un/a presidente con mero diritto di voto e non di veto nell'approvazione delle decisioni. La Commissione è atta a deliberare quando siano presenti, oltre al/la presidente o a chi ne faccia le veci, almeno la metà dei suoi componenti. Le delibere sono prese a maggioranza semplice.
(2) In qualsiasi fase della procedura, la Commissione di intervento può consultare soggetti terzi esterni e/o singoli membri della Commissione affidando loro l'esecuzione di specifiche attività.
(3) A garanzia della qualità e a valutazione del proprio operato, la Commissione di intervento può affidarsi a revisori esterni, qualora una richiesta in tal senso provenga da almeno un terzo dei membri.
(4) La costituzione della Commissione, la sua composizione e ulteriori dettagli operativi sono definiti in un regolamento a parte da emanarsi a cura del Vicario generale.

Articolo 7 – Ruolo del Vicario generale

(1) Al Vicario generale compete la decisione finale sulla base del rapporto conclusivo redatto dalla Commissione di intervento e del parere rilasciato dal Centro di ascolto. Lo stesso mette inoltre in atto le raccomandazioni emanate dal Centro di ascolto in merito alle misure di sostegno a favore della persona offesa. Il Vicario generale ha facoltà di delegare, in tutto o in parte, a una persona incaricata, le funzioni attribuitegli dal presente Regolamento, salvo previsioni diverse espressamente indicate di seguito e specifiche mansioni imperativamente riservate al Vicario generale.
(2) Il medesimo è responsabile dell'attuazione delle misure di intervento deliberate e della regolare documentazione della procedura.
(3) È altresì responsabile della comunicazione con le dirigenze di altri enti di incardinazione, da coordinarsi con la Commissione di intervento e riferendo sia alla stessa che al Centro di ascolto.

C. Segnalazioni e primo intervento

Articolo 8 – Segnalazione

La diocesi garantisce la presenza di strutture ovunque accessibili e a bassa soglia, presso cui le persone direttamente offese e soggetti terzi possano rivolgersi per segnalare fatti rilevanti ai sensi del presente Regolamento. La diocesi garantisce che queste segnalazioni possano essere fatte per iscritto, via e-mail, telefonicamente o di persona.

Articolo 9 – Ricevimento di una segnalazione

(1) Le segnalazioni possono essere effettuate direttamente dalle persone offese, da soggetti terzi o in modo anonimo. Le segnalazioni anonime sono equiparate a quelle non anonime.
(2) Per le persone offese o i soggetti terzi che abbiano contezza o notizia di fatti di rilievo non sussiste alcun obbligo di segnalazione.
(3) Chiunque sia a servizio della diocesi di Bolzano-Bressanone o di un ente ecclesiastico sotto la vigilanza del Vescovo di Bolzano-Bressanone, ivi compreso chi presti servizio volontario, è obbligato invece a inoltrare senza indugi al Centro di ascolto ogni motivo di sospetto o elemento di cui sia a conoscenza, a meno che non possa presumere con certezza che la persona offesa non desideri segnalazioni. Le violazioni a questo obbligo di segnalazione possono comportare conseguenze previste dalla legislazione sul lavoro. La diocesi garantisce che tutti i soggetti di cui al primo periodo siano opportunamente addestrati, in funzione del genere e dell'entità del proprio servizio, ai fini dell'opportuna trasmissione delle segnalazioni.

Articolo 10 – Modalità procedurali del Centro di ascolto

(1) Al ricevimento di una segnalazione, il Centro di ascolto apre un fascicolo, numerandolo secondo le indicazioni specificate nelle Norme di attuazione. Informa quindi prontamente la Commissione di intervento del ricevimento della segnalazione, specificando il numero di riferimento e documentando questo passaggio con indicazione del giorno, dell'orario e della persona destinataria dell'informazione. Contatta quindi senza indugio la persona offesa, ove possibile e a condizione che non abbia espresso una volontà contraria, invitandola a prendere parte a un colloquio in cui poter riferire in dettaglio le proprie richieste, e in particolare i fatti, ricevendo inoltre ragguagli sui propri diritti, le successive fasi della procedura e i servizi di supporto predisposti. Se la segnalazione proviene da terzi, la persona direttamente offesa viene contattata per iscritto, ove sia individuabile e non siano riconoscibili gli estremi di una sua contrarietà al coinvolgimento nella procedura: in caso di rifiuto, il contatto è instaurato con la persona da cui proviene la segnalazione, salvo manifestazione contraria.

(2) Gli incontri o colloqui andranno condotti evitando di ritraumatizzare la persona e, a seconda delle specifiche richieste della parte interessata, potranno svolgersi di persona, telefonicamente o con l'uso di strumenti di comunicazione digitali. L'interessata/o può farsi accompagnare/assistere da una persona di fiducia. Eventuali incontri/colloqui successivi avranno luogo se così desiderato dalla persona in questione. I contenuti degli incontri saranno verbalizzati e presentati alla persona interessata per il consenso. Con il consenso della persona interessata è possibile procedere a una registrazione audio e trascrizione del colloquio; un'eventuale registrazione andrà immediatamente cancellata dopo l'autorizzazione alla trascrizione. L'autorizzazione è correlata anche al consenso all'inoltro alla Commissione di intervento, ma il passaggio andrà espressamente specificato. Parallelamente all'invio del verbale o della trascrizione alla Commissione di intervento, il Centro di ascolto suggerisce al Vicario generale, in funzione dell'urgenza di intervento, altre misure provvisorie di supporto alla persona offesa, in particolare sotto forma di terapie, qualora ritenga che gli interventi immediati riconosciuti alla stessa non siano sufficienti.

(3) In caso di mancato consenso alla stesura di un verbale dell'incontro o alla sua trascrizione, si chiude già in questa fase la procedura prevista dalle presenti Norme. Il caso in questione, in questa ipotesi, viene anonimizzato dal Centro di ascolto che lo trasmette in questa forma al Vicario generale, evidenziando tuttavia che, nei confronti di una data persona, ove identificabile, è stata sollevata un'accusa avente rilievo ai fini del presente Regolamento. Resta ferma la possibilità di avvio di un'indagine canonica previa (Can. 1717 CIC) e di notifica al Dicastero per la Dottrina della Fede. In casi eccezionali e giustificati, il Centro di ascolto può suggerire al Vicario generale misure di sostegno anche a favore di questa persona offesa, in particolare quando abbia già beneficiato di un intervento terapeutico urgente e la/il terapeuta, svincolandosi dal segreto professionale, abbia formulato un'analoga raccomandazione. Il Centro di ascolto, in questi casi, suggerirà infatti alla persona interessata di sollevare la/il terapeuta dall'obbligo di mantenere il segreto professionale.

(4) Quando ai sensi del presente Regolamento, e in particolare delle previsioni di cui all'art. 2 comma 4, il caso esuli dalla competenza della diocesi di Bolzano-Bressanone, il Centro di ascolto assisterà la persona interessata nell'avviare contatti con le autorità competenti, documentando inoltre la corrispondenza scambiata.

(5) Il Centro di ascolto informerà la persona offesa del proprio diritto a presentare denuncia alla Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano. Previo consenso della persona interessata, il Centro di ascolto può raccomandare in qualsiasi momento al Vicario generale, sin dal ricevimento della prima segnalazione, di trasmettere prontamente il caso alle autorità giudiziarie penali dello Stato.

(6) Il Centro di ascolto illustrerà i servizi di supporto già disponibili sotto forma di pronto intervento, provvedendo a mettervi in contatto la persona offesa. Lo sportello, in particolare, potrà fornire il nominativo di un/a psicoterapeuta presso cui poter beneficiare di cinque ore di terapia con costi a carico della diocesi di Bolzano-Bressanone. Ove necessario o auspicato dalla persona interessata, il Centro fornirà inoltre accesso a una prima consulenza legale gratuita, sempre a carico della diocesi, presso uno studio legale indipendente.

(7) Il Centro di ascolto informerà altresì la persona offesa della possibilità di usufruire di un supporto psicoterapeutico di più lunga durata, con costi interamente o parzialmente a carico della diocesi. Alla persona che decida di iniziare questo percorso, il Centro di ascolto fornirà il supporto necessario alla ricerca di un/a terapeuta adatto/a.
In caso di disturbi psicosomatici, il Centro di ascolto segnalerà alla persona interessata un'idonea struttura a cui rivolgersi per il trattamento e, sulla scorta delle indicazioni degli specialisti che vi operano, formulerà una raccomandazione per il Vicario generale ai fini della copertura finanziaria delle relative misure di trattamento.

D. Appuramento dei fatti

Articolo 11 – Verifiche della Commissione di intervento

(1) Sulla base del verbale o della trascrizione del colloquio, la Commissione di intervento decide, in piena indipendenza e autonomia, quale genere di indagini condurre, nonché la loro portata e modalità di esecuzione.
(2) Fra le operazioni di verifica e accertamento dei fatti rientrano, in particolare, l'esame di atti e documenti, l'ascolto di testimoni e della persona accusata e l'acquisizione di pareri di esperti o di terzi altrimenti competenti. Con effetto vincolante nei confronti dei destinatari, la Commissione può impartire gli ordini necessari all'esecuzione di dette operazioni. In qualsiasi momento può, in particolare, affidare revocabilmente, in tutto o in parte, a singoli membri della Commissione stessa oppure a esperti esterni, l'esecuzione di singole verifiche, definendo a tale scopo sia il quadro temporale che il genere di resoconto da presentare.
(3) A un ulteriore ascolto della parte lesa si ricorrerà solo nella misura necessaria e nel rispetto delle particolari esigenze di tutela della persona interessata. L'acquisizione di una perizia psicologica sulla credibilità della testimonianza è ammessa solo con il consenso della persona interessata; da un eventuale rifiuto al consenso non dovranno discendere svantaggi per il soggetto in questione.
(4) Sono da rispettare i diritti della persona accusata, in particolare il diritto al contraddittorio, all'assistenza legale e alla presunzione di innocenza.
(5) Il Centro di ascolto sarà messo al corrente di tutte le operazioni messe in atto per la verifica dei fatti; su richiesta stesso, oppure all'occorrenza, gli sarà consentito prendervi parte. Il Centro di ascolto terrà costantemente aggiornata la persona offesa sullo stato di avanzamento della procedura.
(6) In presenza di elementi indicativi di una condotta criminale ai sensi del diritto dello Stato, è da verificare l'eventualità di un diretto coinvolgimento delle autorità giudiziarie. La Commissione di intervento esamina in particolare se ulteriori accertamenti dei fatti possano eventualmente compromettere il successo di una possibile azione penale delle autorità giudiziarie dello Stato. In questa ipotesi, e coinvolgendo il Centro di ascolto per acquisire il consenso della persona offesa, la Commissione dispone il pronto rinvio al Vicario generale, chiamandolo a decidere sull'immediato investimento delle autorità giudiziarie dello Stato.

Nel caso di indagini penali o procedimenti giudiziari già in corso, l'iter sarà sospeso fino alla loro conclusione, se così ordinato dalle autorità inquirenti. La Commissione di intervento è tenuta ad assicurarsene presso le stesse autorità investigative. In questa ipotesi, la Commissione di intervento formulerà raccomandazioni per l'adozione di adeguate misure provvisorie nei confronti dell'indagato, in particolare la limitazione di singole attività, la temporanea modifica degli incarichi, la restrizione temporale e spaziale al suo operato.

(7) Ogni provvedimento della Commissione di intervento necessario a far luce sui fatti dovrà essere approvato a maggioranza semplice. Questo quorum non è richiesto nei casi in cui la Commissione di intervento abbia affidato a un soggetto terzo esterno, oppure a uno dei propri membri, una delega a svolgere singole operazioni in autonomia. Per l'affidamento di una tale delega è parimenti richiesta una delibera a maggioranza semplice.

Articolo 12 – Documentazione degli accertamenti

Sia le operazioni eseguite che i soggetti che vi prendono parte andranno specificati, e integralmente documentati dalla Commissione di intervento, in conformità agli standard riconosciuti nella gestione documentale (principi di buona documentazione). La documentazione dovrà consentire di seguire gli sviluppi della procedura.

E. Valutazione

Articolo 13 – Rapporto finale della Commissione di intervento

(1) Terminato l'accertamento dei fatti, la Commissione di intervento redige un rapporto scritto conclusivo e comprensivo di una proposta di decisione per il Vicario generale. Per la valutazione dei fatti e la proposta di decisione non è richiesto un voto unanime, né una maggioranza qualificata. I membri della Commissione di intervento che non condividano il parere della maggioranza possono allegare al Rapporto finale una dichiarazione congiunta o individuale di minoranza.

(2) Il Rapporto finale contiene una descrizione della procedura svolta, una valutazione delle prove raccolte e un giudizio sulla fondatezza delle accuse, dichiarandole come dimostrate, plausibili, non definitivamente accertabili o confutate. In assenza di un diretto investimento delle autorità giudiziarie penali dello Stato, il Rapporto si pronuncia anche sulla necessità di un immediato rinvio alle stesse.

(3) Nell'ipotesi in cui il Rapporto finale ritenga confutate le accuse, il documento conterrà anche un'idonea motivazione del giudizio, oltre a concrete raccomandazioni operative nei confronti del soggetto accusato. Le stesse potranno includere, in particolare, provvedimenti in ambito canonico o amministrativo, tenendo conto dello specifico status giuridico e salvo riserva di revisione legale. Escluse sono invece raccomandazioni riservate a specifici procedimenti canonici o altrimenti formali. Anche quando le accuse si ritengano confutate, un'idonea motivazione illustrerà su quali elementi si sia arrivati a formulare un siffatto giudizio.

(4) Al Rapporto finale saranno allegati tutti i documenti prodotti nell'ambito delle attività della Commissione di intervento e del Centro di ascolto.

Articolo 14 – Parere e raccomandazioni del Centro di ascolto

Entro 14 giorni dalla sua presentazione, il Centro di ascolto è tenuto a emettere un parere sul Rapporto finale della Commissione di intervento. Il parere includerà anche una posizione in merito alle misure di supporto suggerite per la persona offesa. Il parere sarà indirizzato al Vicario generale unitamente al Rapporto della Commissione di intervento.

F. Decisione e possibilità di ricorso

Articolo 15 – Decisione del Vicario generale

(1) La decisione del Vicario generale è assunta sulla base del Rapporto finale della Commissione di intervento e del parere del Centro di ascolto. In caso di scostamento dalle raccomandazioni della Commissione di intervento o del Centro di ascolto, il Vicario generale è tenuto a fornirne una motivazione scritta e plausibile.

(2) La decisione dovrà essere documentata. Nel comunicare la stessa, si terrà debitamente conto dei diritti dei soggetti coinvolti, anche tutelandoli di fronte all'opinione pubblica mediante l'intervento dell'Ufficio per le Comunicazioni Sociali, qualora necessario e legalmente consentito. Ne saranno inoltre informati tutti gli organismi e consessi diocesani competenti, in particolare il Consiglio di Curia o Episcopale, il Consiglio Presbiterale, il Consiglio Pastorale, la Commissione del personale nonché il Comitato consultivo delle parti offese.

(3) Anche la persona direttamente interessata dai fatti andrà informata della decisione, specificandone altresì i motivi salienti. Le sarà altresì proposta l'occasione di un incontro/colloquio tramite il Centro di ascolto.

(4) Qualora alla luce del Rapporto conclusivo della Commissione di intervento sia da ritenersi totalmente superfluo procedere a una formale indagine canonica previa ai sensi del Can. 1717 par. 1 CIC, il Vicario generale trasmetterà prontamente il Rapporto finale al Dicastero per la Dottrina della Fede affinché decida in merito all'eventuale avvio di un procedimento penale canonico. Quando l'avvio di una formale indagine canonica previa non sia invece totalmente superfluo, il Vicario generale rimanderà indietro alla Commissione di intervento il Rapporto finale, elencando i punti che ritenga meritevoli di precisazione. La Commissione di intervento condurrà quindi gli ulteriori accertamenti sul caso.

Articolo 16 – Possibilità di ricorso

(1) Avverso la decisione del Vicario generale è consentito proporre ricorso entro il termine di quattro settimane dalla notifica della decisione. Hanno facoltà di presentare ricorso la persona offesa, il soggetto accusato, nonché il Centro di ascolto e il Comitato consultivo delle parti offese. Il reclamo proposto dalla persona offesa non dovrà essere accompagnato da una motivazione. La stessa potrà essere presentata dal/la diretto/a interessato/a in un secondo momento. Tutti gli altri soggetti aventi facoltà di ricorso sono invece tenuti a motivare la richiesta. Per i soggetti legittimati al ricorso sopra menzionati, un eventuale ricorso incidentale è possibile entro due settimane dal ricevimento del primo ricorso.

(2) A seguito della presentazione di un ricorso, il Vicario generale può prendere una nuova decisione. Questa facoltà è riservata al Vicario in persona; la delega non è ammessa. La decisione dovrà essere motivata per iscritto, in particolare quando si discosti dalla raccomandazione della Commissione di intervento. In caso di riconferma della decisione precedente, è parimenti richiesta la motivazione scritta alla luce delle obiezioni sollevate nel ricorso.

(3) La decisione presa dal Vicario generale successivamente all'esecuzione della procedura di ricorso non è più impugnabile ai sensi del presente Regolamento. Restano salvi i mezzi di impugnazione eventualmente previsti dal diritto canonico. Tale procedura sarà considerata richiesta di revoca o correzione, rientrante nell'ambito del ricorso gerarchico di cui al Can. 1734 § 1 CIC, fermo restando il termine di presentazione della domanda ai sensi del Can. 1734 § 2 CIC.

G. Documentazione, privacy e trasparenza

Articolo 17 – Documentazione e conservazione

(1) I documenti relativi alla procedura sono da conservarsi a parte e al sicuro da tentativi di accesso non autorizzato. Il Rapporto finale della Commissione di intervento e la decisione del Vicario generale saranno acclusi al fascicolo personale del soggetto accusato.

(2) Alle persone offese e ai loro legali rappresentanti spetta il diritto di visionare tali atti nel quadro delle norme di legge e, in particolare, ai sensi delle norme in materia di diritto del lavoro e protezione dei dati. La possibilità per i soggetti accusati e i loro legali rappresentanti di visionare gli atti è concessa dal Vicario generale secondo il suo prudente apprezzamento. Quando sia concesso a soggetti accusati di accedere agli atti, occorrerà usare prudenza al fine di garantire che i dati personali di terzi, in particolare della persona o delle persone offese, vengano divulgati solo nella misura strettamente necessaria a tutelare gli interessi legittimi della persona accusata, provvedendo altrimenti ad oscurarli in modo non più reversibile.

Articolo 18 – Protezione dei dati e condivisione delle informazioni

(1) Il trattamento dei dati personali avviene in rigida osservanza delle norme in materia di protezione dei dati. La diocesi è tenuta ad informare sufficientemente e adeguatamente l'opinione pubblica in merito alle procedure portate a termine.

(2) Nell'ipotesi di riassegnazione dell'imputato a un ente di incardinazione diverso o a un altro datore di lavoro bisognerà garantire, nella misura legalmente consentita, che le autorità competenti o i loro responsabili siano adeguatamente informati in merito alle circostanze di rilievo ai fini della valutazione delle attività svolte.

H. Garanzia della qualità e ulteriori sviluppi

Articolo 19 – Formazione

(1) La diocesi garantisce che tutti i soggetti coinvolti ai sensi del presente Regolamento frequentino obbligatoriamente corsi periodici di formazione a garanzia della qualità della procedura e che ne sia comprovata la partecipazione.

(2) Per tutto il personale della Curia e diocesano, nonché per i sacerdoti, diaconi e laici alle dipendenze nel servizio pastorale, vanno inoltre previsti corsi obbligatori e comprovabili di formazione, eventualmente scaglionati in base all'ambito di attività e al grado di responsabilità, e volti a garantire il corretto svolgimento della procedura di intervento.

Articolo 20 – Valutazione

(1) Le Norme di intervento saranno soggette a revisione annuale. Ad occuparsene sarà il/la responsabile dell'Ufficio di ascolto, il/la presidente della Commissione di intervento e uno dei membri del Comitato consultivo delle parti offese facente parte della Commissione di intervento. La revisione includerà, in particolare, una valutazione delle procedure eseguite. Il Rapporto di revisione sarà presentato al Vicario generale non oltre tre mesi dalla data di entrata in vigore annuale. Nel primo anno dall'entrata in vigore e, successivamente, a cadenza triennale, la revisione sarà effettuata con la partecipazione di un idoneo organismo esterno, nominato da almeno la maggioranza dei suddetti individui.

(2) Il Regolamento sarà continuamente aggiornato adattandolo alle conoscenze e ai progressi via via acquisiti sul piano legale e istituzionale.

I. Disposizioni finali

Articolo 21 – Norme di attuazione, revisione delle linee guida diocesane

(1) Entro e non oltre tre mesi dall'entrata in vigore delle presenti Norme di intervento, e previo svolgimento di un iter consultivo, il Vicario generale emanerà norme di attuazione destinate a concretizzare, più in dettaglio, la composizione, la costituzione e le modalità operative degli organismi e dei soggetti menzionati nel presente Regolamento, oltre che la documentazione dei singoli passaggi procedurali.

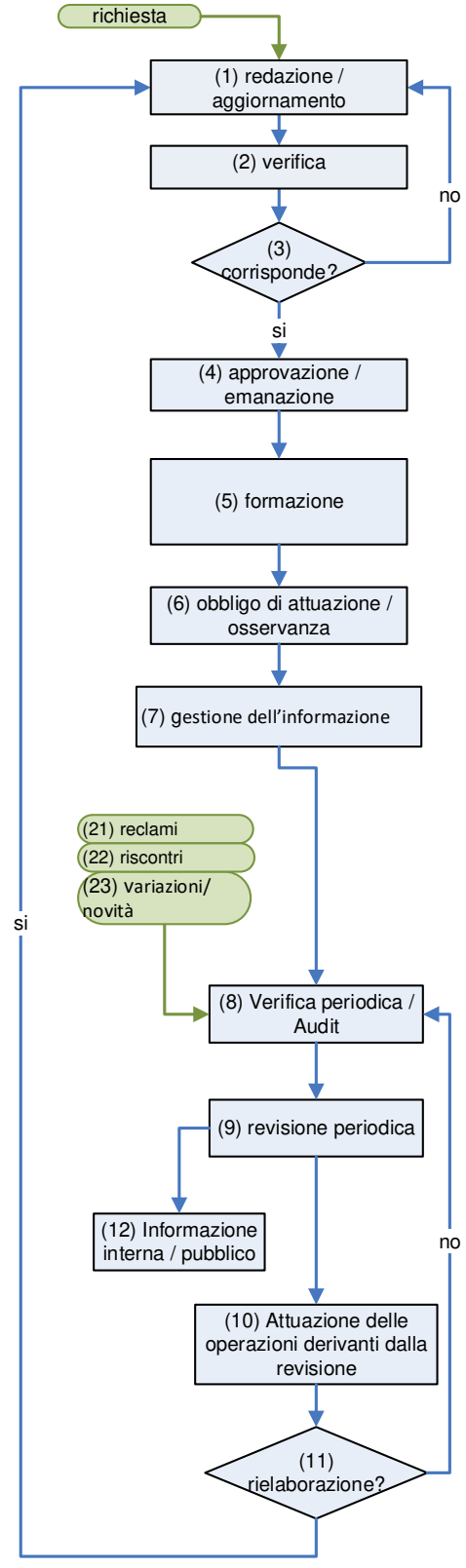
(2) Le Linee guida e gli standard diocesani menzionati nelle osservazioni preliminari dovranno essere aggiornati, entro e non oltre il 31.12.2026, tenendo conto delle presenti Norme di intervento. L'aggiornamento dovrà includere anche precisazioni sulle procedure da seguire con i chierici e nei loro confronti sulla base dei provvedimenti presi in applicazione del presente Regolamento.

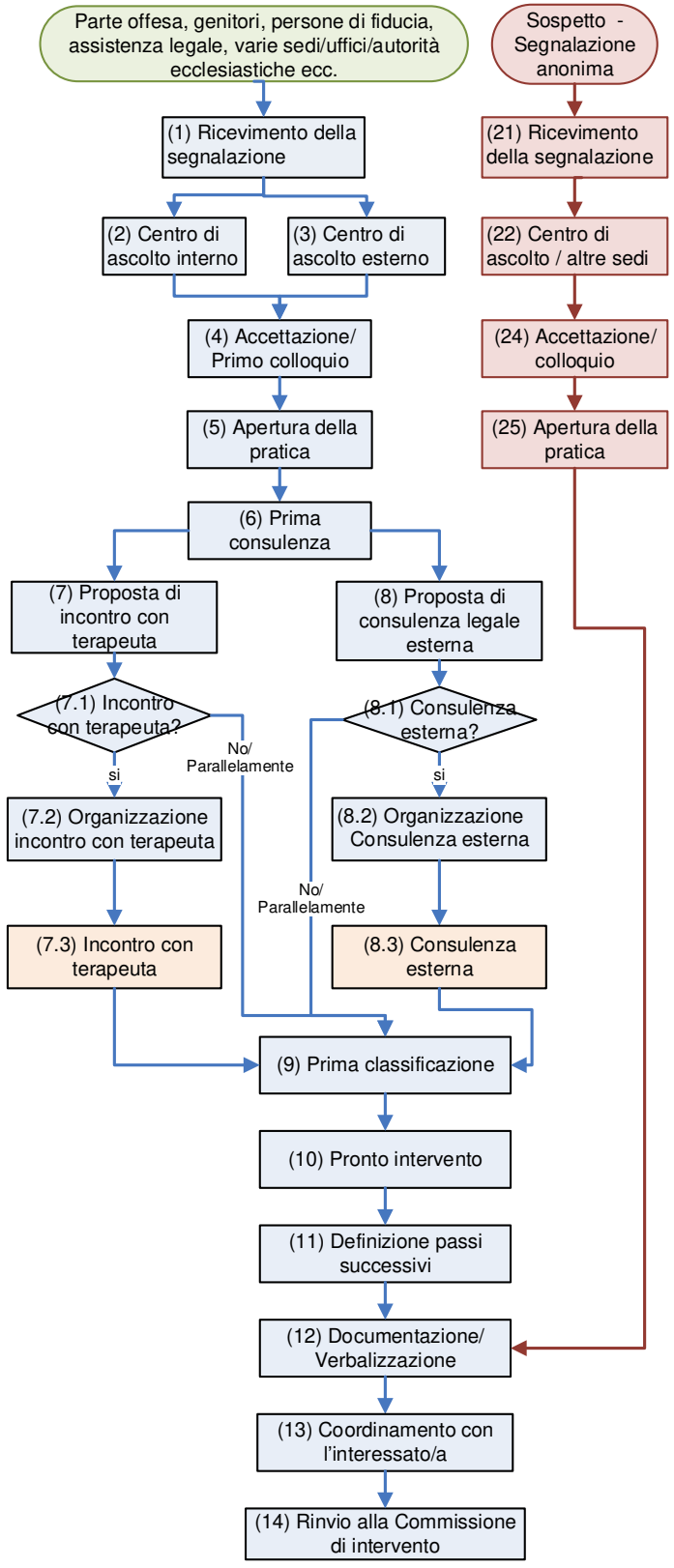
Articolo 22 – Applicazione ai casi pregressi

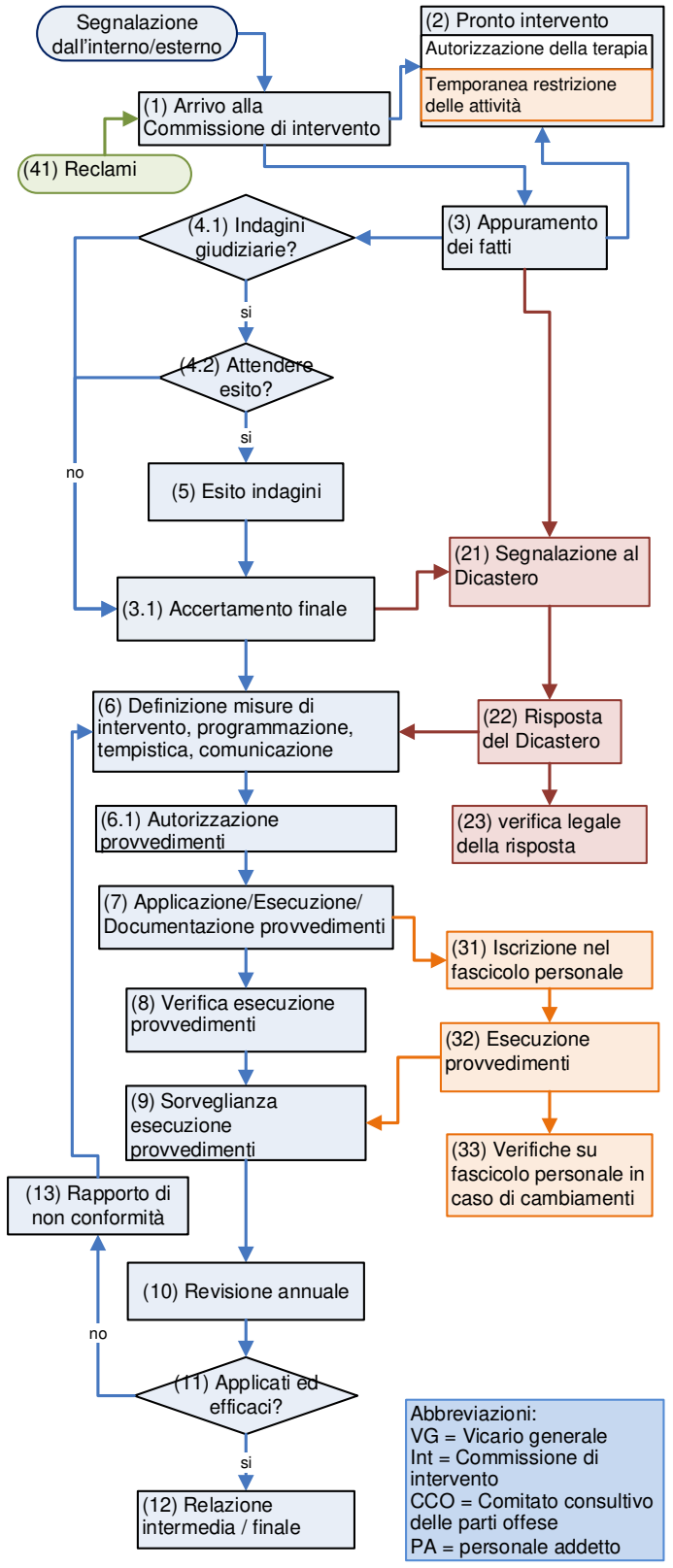
Le presenti Norme di intervento trovano immediata applicazione su tutti i procedimenti pendenti per i quali, all'epoca della loro entrata in vigore, non sia stata emanata una decisione definitiva.

Articolo 23 – Entrata in vigore

Le presenti Norme di intervento saranno pubblicate nel bollettino ufficiale della diocesi di Bolzano-Bressanone ed entrano in vigore con la pubblicazione.

Redazione/Aggiornamento delle Norme di intervento (Sezioni A/F/G/H, artt. 1,2,17,18,19,20,21,22)	**Responsabili / Esecuzione**	Oggetto / Riferimenti / Breve descrizione
	(1) GL redazione / aggiornamento (4) Vicario Generale (5) Vicario Generale Responsabile della formazione (7) Responsabile della comunicazione (8) GL revisione Comitato consultivo delle parti offese (9) Vicario Generale GL Revisione Comitato consultivo (12) responsabile comunicazione (10) personale addetto	**(1)** Le Norme di intervento saranno redatte e ridefinite con la collaborazione di parti offese, assistenti legali e personale diocesano. Contenuti minimi: Sportello, accettazione e gestione delle richieste Organizzazione Diritti e rivendicazioni Documentazione, comunicazione **(2)** Verificare la completezza, applicabilità e conformità giuridica delle Norme di intervento. **(5) Contenuti formativi:** Intero Regolamento alla sua introduzione o successiva modifica **Destinatari della formazione:** Responsabili, sacerdoti, personale **(6)** I soggetti responsabili, i sacerdoti e il personale diocesano saranno vincolati per iscritto al rispetto delle Norme di intervento. **(7)** Al termine della redazione/modifica del Regolamento ne sarà data informazione ai media, alle parti offese e ai soggetti accusati, al personale interno e al pubblico. **(8)** Un Gruppo di lavoro, o consesso, di cui faccia parte un membro del Comitato consultivo delle parti offese verifica periodicamente (annualmente) lo stato di attuazione del Regolamento, degli interventi e delle misure adottate, dei percorsi formativi, dell'organizzazione e della documentazione. Dopo un anno e, successivamente, a cadenza triennale, andrà coinvolto nel processo di valutazione anche un organismo esterno indipendente. Nei lavori si considereranno i riscontri pervenuti e le lamentele, oltre alle variazioni e novità intervenute. È richiesta la stesura di un rapporto. **(9)** Revisione periodica (annuale) del Regolamento, da approvarsi a cura della direzione diocesana. Vi confluiranno i risultati dell'audit, oltre a dati statistici e considerazioni di carattere economico. All'occorrenza si definiranno specifiche operazioni da svolgere e raccomandazioni per un'eventuale ridefinizione delle Norme (11) La revisione andrà concordata con il Comitato consultivo delle parti offese **(12)** Il personale, i diretti interessati e il pubblico vengono messi al corrente dell'esito della revisione.

Iter di **accettazione dei casi** (Sezione C / artt. 8-10)	Responsabili/ Esecuzione	Oggetto/Riferimenti/ Breve descrizione
	(1, 21) Responsabile Centro di ascolto (4, 24) Responsabile Centro di ascolto (5, 25) Responsabile Centro di ascolto (6) Responsabile Centro di ascolto (7, 8) Responsabile Centro di ascolto (7.2, 8.2) Responsabile Centro di ascolto (7.3, 8.3) esterno (9) Responsabile Centro di ascolto (10) Responsabile Centro di ascolto (11,12) Responsabile Centro di ascolto (13, 14) Responsabile Centro di ascolto	**L'intero processo andrà documentato in modo completo, trasparente e conforme alle norme definite per la gestione documentale.** Tutti i casi dovranno pervenire al Centro di ascolto, indipendentemente dalla sede/ persona che abbia ricevuto la segnalazione. (4, 24) Il colloquio/incontro di accettazione del caso dovrà avvenire in uno spazio possibilmente neutro. (5, 25) L'apertura del caso andrà messa per iscritto e registrata nel sistema. (6) Le possibilità e altre procedure previste saranno discusse con la persona direttamente interessata/offesa. (7,8) Saranno proposti l'incontro con un/a terapeuta e/o con un/a consulente legale esterno/a (7.2, 8.2) Vengono organizzati l'incontro con il/la terapeuta e/o con il/la consulente legale. (9) Si procede a una prima classificazione (ad es. in base alla gravità della situazione). (11) Gli ulteriori passi andranno definiti insieme alla persona interessata (ad es. altre sedute o incontri successivi) (12) La successiva procedura andrà documentata per iscritto e registrata nel sistema attenendosi alle regole previste per la gestione documentale. (13) La stesura del verbale andrà concordata con la persona interessata/offesa, chiedendone il consenso per l'inoltro ad altre sedi.. (14) Il verbale sarà trasmesso alla Commissione di intervento. In caso di opposizione all'inoltro della documentazione, si procederà a inviare alla Commissione di intervento una segnalazione opportunamente anonimizzata.

Iter di **intervento** (Sezioni D-F / artt. 11-15)	Responsabili/ Esecuzione	Oggetto/Riferimenti/ Breve descrizione
	(2) Int (3) Int (21) VG (6) Int / CCO (6.1) Int/VG (23) esterno (7) PA (31) VG (8) Int (32) VG (9) Int (33) VG (13) Int (10) Int / CCO / esterno (12) Int	**L'intero processo andrà documentato in modo completo, trasparente e conforme alle norme definite per la gestione documentale.** (41) I reclami pervengono direttamente alla Commissione di intervento e vengono dalla stessa gestiti. (2) Ove necessario, si dispongono e documentano provvedimenti immediati. Un eventuale rifiuto a darne attuazione dovrà essere opportunamente giustificato e comunicato. (3, 3.1) L'accertamento dei fatti va programmato fissando la relativa tempistica, nonché documentato e comunicato (es. ai diretti interessati/parti offese, al Responsabile del Centro di ascolto) (5) L'esito delle indagini andrà documentato e comunicato (es. ai diretti interessati/parti offese, al Responsabile del Centro di ascolto) (22) La risposta andrà documentata e comunicata (es. ai diretti interessati/parti offese, al Responsabile del Centro di ascolto) (6) Gli interventi sono da programmarsi d'intesa con il Comitato consultivo delle parti offese, definendo le tempistiche e dandone comunicazione. (6.1) L'autorizzazione all'adozione di provvedimenti disciplinari è data dal Vicario generale (23)La risposta del Dicastero sarà soggetta alla verifica di conformità alle norme su intervento di un organismo indipendente. In caso di non conformità si procede alla contestazione. (31) Dovrà essere garantito un trattamento dei dati conforme alla legge e alle nome in vigore sulla protezione dei dati, oltre a una consultabilità degli stessi in caso di richiesta. (8) Dovrà essere garantita un'esecuzione dei provvedimenti entro le scadenze concordate. (9) Dovrà essere garantita la sorveglianza anche sull'esecuzione dei provvedimenti a lungo termine (es. preclusione a vita dall'esercizio dell'attività). (33) In caso di cambiamenti riguardanti la persona (es. trasferimenti) andranno inserite opportune annotazioni nel fascicolo personale. (10) Lo stato di applicazione dei provvedimenti e la loro esecuzione andranno verificati dalla Commissione di intervento e da almeno un soggetto indipendente, oltre che d'intesa con il Comitato consultivo delle parti offese. L'esito delle verifiche sarà riportato in una relazione (12/13) Tali relazioni sono parte integrante della verifica/revisione periodica delle Norme di intervento.